

Arno Tausch¹

Die Türkei, die islamische Welt und die Zukunft Europas. Ein Lehrstück zur US- Außenpolitik im 21. Jahrhundert

¹ Univ. Doz. der Politikwissenschaft. Der Autor ist Ministerialrat im Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen; die hier dargelegten Meinungen sind seine privaten Meinungen im Rahmen seiner Lehrbefugnis nach dem derzeit geltenden Universitätsorganisationsgesetz, und nicht unbedingt die des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen oder des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, in dessen Personalstand der Autor 1992 bis 1999 war.

DIE EUROPÄISCHE KOALITION DER GEGNER DES EU-BEITRITTS DER TÜRKEI FORMIERT SICH	4
DIE STRATEGISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN DER WELTMACHT AMERIKA AM EU-BEITRITT DER TÜRKEI.....	6
DIE TÜRKEI-FRAGE WIRD EIN AUßEN- UND INNENPOLITISCHER DAUERBRENNER WERDEN.....	6
DER BLOCK DER RECHTSNATIONALISTEN WAR DER WAHRE GEGNER DER EU-REFORMEN	15
EUROPA DARF NICHT ZU LANGE WARTEN: AUßENPOLITISCHE PERSPEKTIVEN JENSEITS VON EUROPA.....	20
DEN 3. NOVEMBER 2002 RICHTIG VERSTEHEN	22
FÜR EINE KOALITION DER HUMANEN ENTWICKLUNG UND DER MENSCHENRECHTE AUF DEM WEG NACH EUROPA	27
DER WEITERE WEG DER TÜRKEI NACH EUROPA.....	33
TÜRKEI-RESSOURCEN IM INTERNET	62
PRESSESTIMMEN ZUR WAHL IN DER TÜRKEI	64
DAS PROGRAMM DER 58. REGIERUNG DER TÜRKISCHEN REPUBLIK	66

“Freedom is my nation's right, Freedom for us who worship God and seek what is right”

Türkische Nationalhymne (1921), geschrieben von MEHMET AKIF ERSOY (1873-1936)

Die Türkei hat am 3. November 2002 gewählt. Die türkischen Arbeitnehmer und die Mittelklasse waren in den 80er und 90er Jahren die großen Verlierer der Liberalisierungspolitik, die dem Land ein rasches Wirtschaftswachstum, aber auch eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung beschert hatte². Mit dem Wahlsieg der Islamisten erhielt die bisher regierende politische Klasse des Landes ihre Rechnung präsentiert.

Die europäische Koalition der Gegner des EU-Beitritts der Türkei formiert sich

Unter diesen Bedingungen werden Debatten über die Zukunft der Türkei in Europa mit großer Emotionalität und – zu befürchten wenig Rationalität – geführt werden.

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi ließ am 14. 11. 2002 mit der Bemerkung aufhorchen, dass der Vollbeitritt der Türkei zur Europäischen Union bereits unter der nächsten italienischen Ratspräsidentschaft – i.e. in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2003 – stattfinden kann. Anadolu News berichtete am 14. November 2002:

ROME/ANKARA - Italian Prime Minister Silvio Berlusconi said on Wednesday that he wanted Turkey to join the European Union (EU) during Italy's EU Term Presidency. Berlusconi, who had a meeting with Justice and Development Party (AK Party) leader Recep Tayyip Erdogan, recalled that Italy would be the next term president, stressing that he wanted to see Turkey as an EU member during their term presidency.

Die *Financial Times* vom 24. 10. meldete:

Die US-Regierung plant derzeit die sicherheitspolitische Strategie für Europa nach dem Nato-Erweiterungsgipfel in Prag im November. Politischen Beobachtern zufolge, die mit der Diskussion vertraut sind, will Washington dabei vor allem die Integration der Ukraine und Serbiens in die Nato und die Aufnahme der Türkei in die EU forcieren. Von Deutschland wünschen sich die USA dabei ein weit stärkeres Engagement als bisher. Nach Informationen der FTD hat ein einflussreicher republikanischer Sicherheitspolitiker mit engen Verbindungen zum Weißen Haus am Dienstag die Bundesregierung über die Umriss der so genannten Post-Prag-Agenda informiert. Nach Angaben des US-Vertreters ist der Entwurf von Präsident George W. Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice im Grundsatz abgesegnet.

Die Türkei wieder drang darauf, auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen Mitte Dezember 2002 einen Zeitpunkt für die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union genannt zu bekommen. Die Türkei ist formell zwar ein Beitrittskandidat, mit ihr haben die Verhandlungen im Gegensatz zu den anderen zwölf Kandidaten aber noch nicht begonnen. Das in Kopenhagen beschlossene Zuwarten war für die Mehrzahl der Türken – nach den großen innenpolitischen Reformen der vergangenen Monate – eine herbe Enttäuschung.

Der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen hatte gesagt, dass die Türkei die Kriterien für einen Beitritt zur Union noch nicht erfülle. Vor allem in politischer Hinsicht, etwa in Fragen der Menschenrechte, sei das Land noch weit von einer Aufnahme in die Union entfernt.

Im Sommer 2002 hatte das Parlament in Ankara umfangreiche Reformen verabschiedet.

² vgl. Auswärtiges Amt Berlin, Länderdokumentationen im Internet: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/index_html

Angesichts weit verbreiteter Irrtümer und Vorurteile will ich in diesem Beitrag nun versuchen, in aller Kürze wesentliche Dimensionen zu erarbeiten, die eine für die Zukunft orientierte Positionsbestimmung eines demokratischen und sozialen Europas gegenüber der Türkei erlauben.

Von Angela Merkel (CDU) bis Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing (Präsident des EU-Konvents) ist heute die Türkei in aller Munde. Plötzlich entsinnt sich Europa, dass die ursprünglich – spätestens seit dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 angesagte „Hochzeit“ mit der Türkei - gar nicht stattfinden sollte. Amerika seinerseits schickt seltsam zu interpretierende Töne nach Europa – der Kongress bemüht sich in einer vom Abgeordneten Robert Wexler (D, Florida³) eingebrachten Resolution z. B.⁴, die EU (nota bene: die USA sind nicht Mitglied der EU) wieder einmal daran zu erinnern, alles dafür zu tun, die Türkei in die Union aufzunehmen. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz Europa – Amerika, angesichts der wachsenden Misstöne Europa – Amerika wegen der Irak/Nahostpolitik mutet solch eine von Amerika forcierte Kandidatur etwas seltsam an.⁵

Die Resultate des Prager NATO-Gipfels November 2002 bedeuten: Die Nato lädt sieben osteuropäische Staaten - Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien - zum Beitritt ein. Bis zum Frühjahr 2004 sollen die Beitrittsformalitäten über die Bühne sein. Washington will aufs Tempo drücken: Die Vorbereitung Kiews auf den Nato-Beitritt soll bereits 2004 beginnen, die Belgrader ein Jahr später. Parallel dazu soll die Nato-Aufnahme Albaniens und Kroatiens vorangetrieben werden, die Einladung soll 2007 erfolgen. Aber spätestens 2007 wünscht sich Washington auch den EU-Beitritt der Türkei. Die vollständige Integration des Balkans und der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen soll 2010 abgeschlossen sein.

Ebenso wichtig wie Serbien und die Ukraine ist für Washington die Türkei. Die USA sehen das Land als Modellfall für eine islamische Demokratie. Als Vorposten der Nato zum arabischen Raum und Kaukasus ist die Türkei zudem strategisch für die US-Regierung unentbehrlich. Washington ist daher verärgert, dass die EU Ankara weiter auf Abstand hält.

³ <http://www.house.gov/wexler/>

⁴ Turkish Times, 310, vom 1-15. November 2002

⁵ Die *Anadolu Agency* 11/13/2002 berichtet von einer sehr dezidierten Kritik des Simon Wiesenthal-Centers in *Los Angeles* an den Aussagen Giscard: “

“The Center noted that it showed its reaction to the words of Giscard D'estaing in a letter saying that Mr. D'estaing has argued that Moslem Turkey has no place in the European Union. Ironically, in the fifteenth century, when European monarchs expelled the Jews, it was Moslem Turkey that provided them a welcome. During the Holocaust, when Europe was slaughtering its Jews, it was Turkish consuls who extended protection to fugitives from Vichy France and other Nazi allies. Today's European neo-Nazis and skinheads focus upon Turkish victims while, Mr. Giscard D'estaing, you are reported to be considering the Pope's plea that your Convention emphasize Europe's Christian heritage.” The Center suggested that Giscard's new Constitution “underline the pluralism of a multi-faith and multi-ethnic Europe, in which the participation of Moslem Turkey might bolster the continent's Moslem communities - and, indeed, Turkey itself - against the menaces of extremism, hate and fundamentalism”

Die rezente Ansprache des Papstes vor dem italienischen Parlament ist nachzulesen in http://www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/speeches/2002/november/documents/hf_jp-ii_spe_20021114_italian-parliament_en.html. Es ist allerdings nicht möglich, die Aussagen des Papstes als gegen den Islam – oder gegen eine andere religiöse Tradition Europas gerichtet zu interpretieren.

Die hier dargelegten Fakten zeigen die lange Geschichte der Versprechungen der Europäer, und auch die großen menschenrechtlichen und demokratiepolitischen Herausforderungen einer türkischen EU-Mitgliedschaft.

Die strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Weltmacht Amerika am EU-Beitritt der Türkei

Natürlich ist sich der Schreiber dieser Zeilen bewusst, dass die hohen Ideale einer „Öffnung“ der Union gegenüber Südosten – zumindest aus Washingtoner geo-politischer Sicht – eine handfeste strategische und wirtschaftliche Orientierung haben. Vergessen wir also die hohen Worte der Außenpolitik, und sprechen über die massiven konkreten strategischen und wirtschaftlichen Interessen.

Strategisch, weil die Türkei für die USA ein unsinkbarer Flugzeugträger ist und ein unersetzliches Terrain für die Militärbasis Incirlik bildet, und weil seit 1945 die Türkei im Kalten Krieg mit seiner gigantischen Armee von noch heute über 600.000 Mann eine herausragende Rolle spielte. Die lange und komplexe Geschichte der Minderheiten und der Menschenrechte in der Türkei spielten – bei solch einer geostrategischen Bedeutung – eine untergeordnete Rolle, und diese Bedeutung der Türkei hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges nicht verringert⁶. Der eine Anker der Washingtoner Nahost-Politik und der Zusammenarbeit mit Israel ist die US-Mittelmeerflotte, und allein aus diesem Grunde wird Washington auch nie bereit sein, die Schlüssel des mediterranen NATO-Kommandos an die Europäer zu übergeben. Der andere Anker ist die strategische Partnerschaft Türkei – Israel im Dreieck Washington – Jerusalem – Ankara, die in einem 12-Punkte-Abkommen im Jahre 1993 während des Besuches des türkischen Außenministers Hikmet Çöğür in Israel besiegelt wurde. Die dort festgelegte Kooperation sieht auch eine wesentliche Zusammenarbeit im Bereich „externe Sicherheit“ und der dafür zuständigen Dienste – i.e. MIT und Mossad - vor.

Wirtschaftlich, weil in der kaspischen See 150 Milliarden Fass Rohöl⁷ – die größten Ölreserven der Welt – auf die Konzerne warten, und das will heißen – anglo-amerikanische Konzerne, einem Ziel, dem auch der ‚*Silk Road Strategy Act*‘ des US-Senates aus dem Jahr 1999 dient, nach dem die Zusammenarbeit mit den die Türkei und den Iran angrenzenden Republiken der ehemaligen UdSSR oberste außenpolitische Priorität Washingtons genießt. Glück für die Türkei – alle anderen Pipeline-Routen wären noch gefährdeter oder außenpolitisch problematischer als die Route, die von Baku am Kaspischen Meer bis zum Hafen Ceyhan in der Türkei führt.

(Landkarte u.a. <http://www.networkingnewsletter.org.uk/44/pipeline.html>)

Die Türkei-Frage wird ein außen- und innenpolitischer Dauerbrenner werden

Die Frage der künftigen Position gegenüber der Türkei wird Linke und Rechte, europäische GroßmachtDenkerINNen und pro- und auch anti-amerikanische Intellektuelle, MenschenrechtsaktivistINNen nicht nur miteinander, sondern auch untereinander entzweien. Der Türkei-Debatte wird kein Ende sein, und abschätzbar wird die Verwirrung Höhepunkte erreichen. In der Türkei-Frage wird es seltsamste Koalitionen geben; Migration fürchtende

⁶ Zu einer profilierten linksliberalen US-amerikanischen Kritik des ‚Wegschauens‘ der westlichen Führungsmacht bei Menschenrechtsübertretungen in der Türkei vgl.

http://www.motherjones.com/reality_check/turkey.html

⁷ <http://www.wws.princeton.edu/~wws401c/1998/resource.html> sowie die Information des US-Energieministeriums: <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/caspgrph.html>

Gewerkschafter, europäische – das heißt anti-amerikanische Großmachtstrategen, dem interkulturellen Dialog gegenüber skeptische Christen werden die Beitrittsperspektive ablehnen, während ähnlich wie bei der Frage der Osterweiterung sich auch die entsprechenden Kräfte dafür herausbilden werden. Radikalere linke Gruppierungen, MenschenrechtsaktivistINNen, und linke GewerkschafterINNen werden wegen der weiter bestehenden Probleme im Bereich sozialer Dialog und Menschenrechte dem EU-Beitritt der Türkei gegenüber sehr skeptisch sein. FeministINNen werden auf die weiter fortbestehende mangelhafte Repräsentanz der Frauen in Politik und Wirtschaft des Landes hinweisen. Das „Dritte Lager“ in Deutschland und Österreich wird geteilter Meinung sein; seit Kaiser Wilhelm hatte die deutsche Außenpolitik mit Istanbul und Ankara die besten Beziehungen; und schließlich war das kaiserliche Deutschland der Verbündete des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg, während andererseits die enge Zusammenarbeit der Türkei mit Israel von heute manchen ein Dorn im Auge sein wird.

Hier sollen nun exemplarisch **4 politikwissenschaftliche Ansätze zur Frage der Türkei-Politik der EU diskutiert werden**, die zeigen, dass auch auf der Ebene der Politikwissenschaft die fernere Struktur der Union äußerst umstritten ist:

a) Der renommierte österreichische Politikwissenschaftler **Anton Pelinka** hat in einem beachtenswerten rezenten Aufsatz⁸ die Meinung vertreten, letztlich sei Russland bei einer künftigen großen Erweiterung der EU nicht verkräftbar, weil mit einer Mitgliedschaft Rußlands

„die EU in den Kategorien von möglichen Nachbarschaftskonflikten mit Nordkorea und mit China denken lernen“ (Pelinka, op. cit. p. 126)

müsste, während eine Mitgliedschaft der Türkei – unter der Voraussetzung der Grundbedingungen Laizismus, Menschenrechte und Wirtschaftsstabilität, sehr wohl für eine EU-Mitgliedschaft in Betracht käme (Pelinka, op. cit., pp. 127 – 129).

Pelinka hätte freilich im Fall der Türkei ebenso gut sagen können, dass bei einer türkischen Mitgliedschaft

„die EU in den Kategorien von möglichen Nachbarschaftskonflikten in der bisherigen Konfliktregion Naher Osten denken lernen“

müsste.

Dass dieser Satz nicht fällt, ist ein signifikanter Schwachpunkt seiner Analyse. Warum die Region Wladiwostok instabiler sein soll als die Region Diyarbakir, muss erst begründet werden. Interessant ist das verwendete Argument, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU sei ohne die NATO (11 der derzeit 15 EU-Staaten sind NATO-Mitglieder) nicht denkbar.

Europa könne – so Pelinka weiter - nicht als der weltpolitische Konkurrent der USA auftreten, sondern nur als deren Partner. Dies ist wohl als Sollens-Satz zu interpretieren; als Seins-Satz (vgl. unten; Auseinandersetzung mit dem Weltsystem-Ansatz) ist diese Aussage wenig plausibel, trägt doch die aggregierte Macht (Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen) der USA für das Jahr 2000 9837,4 \$, das einer EU mit 27 Staaten 8212,3 \$⁹. Der Anteil der mächtigsten Staaten am weltweiten Bruttoinlandsprodukt von 30923,6 \$ war wie folgt:

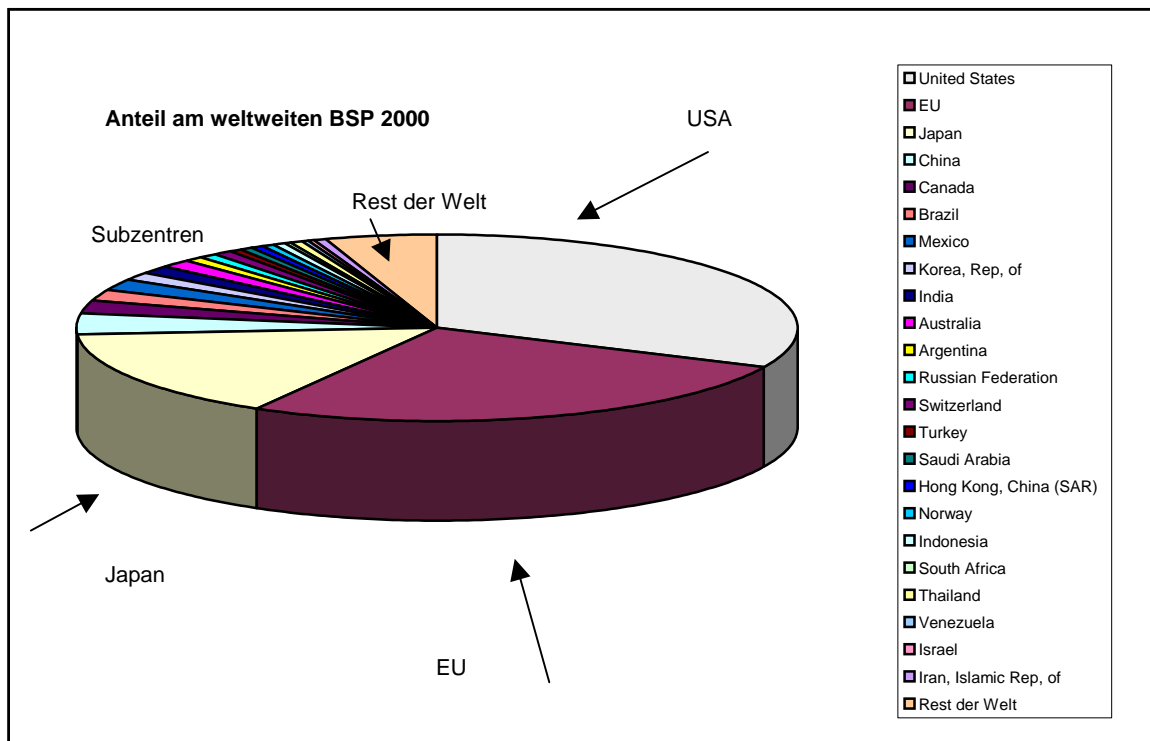
⁸ in Alfred Gusenbauer (Ed) (2002) „Netzwerk Innovation. Zukunftsfähige Projekte“ pp. 120 – 133 Wien: Czernin-Verlag

⁹ Eigene Berechnungen nach UNDP

http://hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=indic_385_1_1.html

Land	BIP in Milliarden \$, 2000	Anteil am weltweiten BIP in %
United States	9837,4	31,81
EU-27	8212,3	26,56
Japan	4841,6	15,66
China	1080	3,49
Canada	687,9	2,22
Brazil	595,5	1,93
Mexico	574,5	1,86
Korea, Rep, of	457,2	1,48
India	457	1,48
Australia	390,1	1,26
Argentina	285	0,92
Russian Federation	251,1	0,81
Switzerland	239,8	0,78
Turkey	199,9	0,65
Saudi Arabia	173,3	0,56
Hong Kong, China (SAR)	162,6	0,53
Norway	161,8	0,52
Indonesia	153,3	0,5
South Africa	125,9	0,41
Thailand	122,2	0,4
Venezuela	120,5	0,39
Israel	110,4	0,36
Iran, Islamic Rep, of	104,9	0,34
Rest der Welt	1579,4	5,11
Gesamt	30923,6	100

Graphisch ausgedrückt, sieht die Verteilung der ökonomischen Weltmacht nach der EU-Erweiterung wie folgt aus:



Quelle: eigene Berechnungen aus der elektronischen Datenbank des UNDP, <http://hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html>

b) Eine diametral entgegengesetzte Position vertritt der in Senegal lebende ägyptische Sozialwissenschaftler und Weltsystemforscher **Samir Amin**¹⁰, der die Forderung eines sozialen und **gegen die Turbo-Globalisierung gerichteten politischen Projektes in Europa** mit der Vorstellung einer **mit den demokratischen Kräften in der arabischen Welt kooperierenden europäischen Außenpolitik** kombiniert, wobei nach seiner Sicht **Israel und die Türkei wegen der Menschen- und Minderheitenrechte für ein solches Europa (zur Zeit) als Partner nicht in Frage kommen**. Gerade in der französischsprachigen Linken genießt seine Konzeption ein beträchtliches Ansehen. Beide exemplarisch hier dargelegten politikwissenschaftlichen Ansätze – der Pelinkas und der Amins – würden einen „Christenklub“ zurückweisen; diametral verschieden sind die beiden Ansätze in ihrer Beurteilung der Rolle Amerikas sowie in der Richtung der voranzutreibenden EU-Kooperation – der eine Ansatz plädiert für eine Achse Richtung Südosten, der andere für eine Achse Richtung Süden.

c) von der Warte des empirisch orientierten **Weltsystem-Ansatzes**¹¹ hat der Autor dieses Artikels die Ansicht vertreten, dass **weder Russland noch die Türkei aus dem politischen Projekt der Erweiterung langfristig ausgeschlossen werden können**¹², und dass die hegemoniale Rivalität zwischen Europa und Amerika ohnehin in der Entwicklungsdynamik

¹⁰ « *Au-delà du capitalisme sénile : Pour un XXIe siècle non-américain.* » (2002) Presses Universitaires de France (PUF); (Actuel Marx Confrontation) ; ISBN : 2130529976 und « *Usa - l'hégémonie des Etats-Unis et l'effacement du projet européen* » L'Harmattan; Vgl. auch sein jüngstes englischsprachige Interview in *Al Ahram Weekly* <http://weekly.ahram.org.eg/2002/609/intrvw.htm>. Ähnlich argumentiert auch der palästinensische, an der Columbia University in New York lehrende Autor Edward Said „*Europe versus America*“, *Al Ahram Weekly Electronic*, 612, 2002, <http://www.ahram.org.eg/weekly/2002/612/op2.htm>.

¹¹ <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/bios.html> sowie <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/papers.htm>

¹² dies alles unter der Voraussetzung der Erfüllung der Kopenhagen-Kriterien

des Weltsystems begründet ist. Konstitutiv ist allerdings die Hoffnung von Christopher Chase Dunn (University of California, Riverside), dass Europa ein humanistisches Gegengewicht gegen den amerikanischen Turbo-Kapitalismus konstituieren und schließlich einem System demokratisierter **Vereinten Nationen** und **demokratischer Global Governance** zum Durchbruch verhelfen sollte. Eine breite Palette von Literatur und Forschungsergebnissen des Weltsystem-Ansatzes wird hier zur Begründung herangezogen, ebenso wie empirische Untersuchungen über Technologie, Sozialstruktur und Konflikt in der Weltgesellschaft.

Mit dem Tenor der Analysen aus *Le Monde Diplomatique* glaubt solch eine Weltsystemanalyse daran, dass massive ökonomische Interessenskonflikte um die 150 Milliarden Fass kaspischen Ölreserven letztlich die Rivalitäten zwischen Europa und Amerika verstärken werden, wobei **Amerika – wie auch oben gezeigt – die Strategie der Einbindung der Ukraine und der Türkei, aber des schlussendlichen Ausschlusses Russlands verfolgen dürfte. Dies werde zu erheblichen Verwerfungen nicht nur der alten, sondern auch der neuen EU-Mitglieder im Osten mit Amerika führen. Es gehe darum, die heutige Machtachse des mittleren Ostens: Washington – London – Ankara – Jerusalem zugunsten eines an Hochtechnologie, Demokratie, und Toleranz orientierten Raumes Europa zu überwinden, in dem auch das *Dar al Islam* mit seinen großen drei für Europa relevanten Traditionen – der arabischen, der türkischen und der iranischen – einen Platz hat**, und schließlich zur Mitgliedschaft nicht nur Rußlands und der Türkei, sondern in der ganz langen Periode auch der übrigen **MEDA-Partnerstaaten inclusive Israels¹³ in der Union führen sollte**. Eine derartige **Zone des Friedens, der Arbeit und des Wissens** wäre auch die Erfüllung der besten Projekte und Entwürfe in Europa aus der Zeit der PAX ARABICA vor 1492.¹⁴ Um nicht in die Versuchungen hegemonialer totalitärer Herausforderungen seit ca. 1450 zu verfallen, müsse eine solche erweiterte **EU strikt an dem Imperativ einer nur kleinen Armee, einer Konzentration auf die technologisch zukunftsorientierten Branchen, einer Politik der fiskalischen Stärke, einer funktionierenden Demokratie und funktionierender Parteien, einer hohen Toleranz gegenüber den Minderheiten, und der Freiheit der Medien festhalten**. Zur Begründung sind insbesondere die historisch-soziologischen Untersuchungen von George Modelski von der University of Washington in Seattle herangezogen worden. Die Vorstellungen von **Außenminister Joschka Fischer** über einen **demokratischen europäischen Bundesstaat**, die dieser erstmals in seiner berühmt gewordenen Rede vor der Humboldt-Universität¹⁵ vortrug, wären eine **unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Union**. Wesentlich wäre wohl auch – hier stimmt der Autor mit Anton Pelinka überein – die Umwandlung des Rates der EU in einen Senat der Union, und die Stärkung des europäischen Parlaments zu einem bevölkerungsgewichteten ‚Repräsentantenhauses‘ Europas.

¹³ besonders für eine EU-Mitgliedschaft Israels sprechen sich einige Denkrichtungen im israelischen Außenamt sowie der Walter Rathenau Professor für Internationale Beziehungen an der Hebräischen Universität Jerusalem, Alfred Tovias, aus.

¹⁴ (2002a, mit Gernot Köhler) *Global Keynesianism: Unequal exchange and global exploitation*. Huntington NY, Nova Science; (2002b, mit Peter Herrmann) *Globalization and European Integration*. Huntington NY, Nova Science; (2002c) *The European Union and the World System*. In: 'The European Union in the World System Perspective' (The Polish Institute for International Affairs, Ryszard Stemplowski (Ed.)), Warsaw: Collections PISM (Polish Institute for International Affairs): 45 – 93; (2002d) *Evropeiskii Sojus i budushaja mirovaja sistema* in *Jevropa*, 2(3), 2002: 23 – 62, Warsaw, Polish Institute for International Affairs (in Russian language); sowie (2003a) (Ed., mit Peter Herrmann) *DAR AL ISLAM. EUROPE, THE WORLD SYSTEM AND THE ULTIMATE EU-ENLARGEMENT*. Nova Science Hauppauge, New York, und (2003b) *The European Union: global challenge or global governance? 14 world system hypotheses and two scenarios on the future of the Union* In: *GLOBALIZATION: CRITICAL PERSPECTIVES* (Hrsgb. Gernot Kohler und Emilio Jose Chaves. Nova Science Hauppauge, New York

¹⁵ [http://www.tyske-ambassade.dk/Utrikesminister %20Joschka %20Fischers %20tal-000512 %20\(tyska\).pdf](http://www.tyske-ambassade.dk/Utrikesminister%20Joschka%20Fischers%20tal-000512%20(tyska).pdf)

d) Schließlich gilt es noch, einen vierten politikwissenschaftlichen Ansatz zu referieren, für den es gravierende Vorbehalte gegenüber der türkischen Migration nach Europa gibt. Im internationalen Schrifttum wird er von dem in Harvard und Göttingen lehrenden deutschen Politikwissenschaftler **Bassam Tibi** vertreten, der bekanntlich aus einer Damaszener patrizischen Familie in Syrien stammend, das Konzept eines liberalen „Euro-Islam“ vertritt, und der als eine wichtige kulturelle Brücke des Dialogs zwischen einem liberalen arabischen Islam und Europa und Amerika zu gelten hat. Seine Verdienste um die kulturelle Brücke zwischen Orient und Okzident sind unumstritten und wurden auch von höchster politischer Stelle in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend gewürdigt. Die Härte seiner Kritik und – hier kann es nur heißen - **Vorurteile gegen die türkische Migration** ist überraschend und schockierend. In seinem rezenten Standardwerk und Bestseller¹⁶ (2001) sagt er:

„Anders als die Perser (...) waren die Türken (...) primitive Nomaden (...) Die Chinesen (...) sahen in ihnen eine ‚kriegerische Rasse‘ (...) ihre stärkste Waffe waren ihre kämpferische Natur und die entsprechende Bereitschaft zur Gewalt (...) Das Argument, dass Nomaden wild (...) seien, ist nicht eurozentristisch; es stammt von dem größten arabischen Historiker und Sozialphilosophen, Ibn Khaldoun. Diese Ibn Khaldunsche Denkweise aktualisierend, bin ich in bezug auf die Gegenwart fast geneigt, die Seldjuken mit den integrierten türkischen Migranten in Europa – in Abgrenzung zum Heer der seitdem einströmenden Migranten aus dem ländlichen Ostanatolien – zu vergleichen“ (Tibi, 2001, op. cit: 136 – 140)

Professor Tibi – auch Forschungsgast des *Weatherhead Center for International Affairs* an der *Harvard University*¹⁷ - ist hier diametral anderer Meinung als der führende Vordenker des Deutschen Auswärtigen Amtes zum Thema, Friedrich Gröning – der ebenso wie Tibi Forschungsgast in Harvard war.¹⁸

Die Türkei des Jahres 2002 ist nicht mehr die Türkei des Jahres 1980

Die heutige Türkei ist nicht die Türkei des Jahres 1999, und sie ist nicht die Türkei des Jahres 1980 oder der Jahre der davor stattgefundenen Militärinterventionen. Was in der Türkei doch zu beobachten ist, ist der lange Abschied dieses Landes vom System des Kemalismus, jenes Systems also, das – offiziell – seit Mai 1931 die Geschicke dieses Landes beherrscht. Nirgendwo wird der Kemalismus besser definiert als im Artikel 2 der Verfassung des Jahres 1937¹⁹: dort wird festgeschrieben, dass der türkische Staat

- laizistisch, republikanisch, populistisch, nationalistisch, revolutionär und interventionistisch

ist. 1961 hieß es dann:

Art. 2 - Die Türkische Republik ist ein auf den Menschenrechten und den in der Preamble zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien ruhender nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat

In der heutigen Verfassung liest man im Artikel 2:

¹⁶ *Kreuzzug und Jihad. Der Islam und die christliche Welt*. München: Goldmann TB

¹⁷ <http://www.wcfia.harvard.edu/>

¹⁸ <http://www.wcfia.harvard.edu/fellows/papers98-99/groning.pdf>

¹⁹ <http://www.hri.org/docs/turkey/con1.html>; zu den älteren Texten auch <http://www.mesken.de/verfass.htm>

ARTICLE 2. The Republic of Turkey is a democratic, secular and social State governed by the rule of law; bearing in mind the concepts of public peace, national solidarity and justice; respecting human rights; loyal to the nationalism of Ataturk, and based on the fundamental tenets set forth in the Preamble²⁰.

Staatliche Intervention und Laizismus sind der Januskopf des Systems, das vor dem Hintergrund der Herausforderungen der nachholenden halbautoritären Entwicklung nur zu verständlich ist. Mit dem Verlust des staatlichen Interventionismus seit den

²⁰ Die Präambel lautet: *PREAMBLE*

Following the operation carried out on 12 September 1980 by the Turkish Armed Forces in response to a call from the Turkish Nation, of which they form an inseparable part, at a time when the approach of a separatist, destructive and bloody civil war unprecedented in the Republican era threatened the integrity of the eternal Turkish Nation and motherland and the existence of the sacred Turkish State.

This CONSTITUTION was prepared by the Consultative Assembly, given final form by the Council of National Security, which are the legitimate representatives of the Turkish Nation, and adopted, approved and directly enacted by the Turkish Nation,

And is entrusted for safekeeping by the Turkish Nation to the patriotism of its democracy-loving sons and daughters, in order that it may be understood to embody the IDEAS, BELIEFS and RESOLUTIONS set forth below and be interpreted and implemented accordingly, commanding respect for, and absolute loyalty to, its letter and spirit:

- *The direction of the concept of nationalism as outlined by Ataturk, the founder of the Republic of Turkey, its immortal leader and unrivalled hero; and in line with the reforms and principles introduced by him;*
- *The determination to safeguard the everlasting existence, prosperity and material and spiritual well-being of the Republic of Turkey, and to ensure that it attains the standards of contemporary civilisation, as a full and honourable member of the world family of nations;*
- *Recognition of the absolute supremacy of the will of the nation, and of the fact that sovereignty is vested fully and unconditionally in the Turkish Nation and that no individual or body empowered to exercise it on behalf of the nation shall deviate from democracy based on freedom, as set forth in the Constitution and the rule of law instituted according to its requirements;*
- *The understanding that separation of powers does not imply an order of precedence among the organs of State, but reflects a civilised division of labour and mode of cooperation restricted to the exercise of specific State powers, and that supremacy is vested solely in the Constitution and the laws;*
- *The determination that no protection shall be afforded to thoughts or opinions contrary to Turkish National interests, the principle of the existence of Turkey as an indivisible entity with its State and territory, Turkish historical and moral values, or the nationalism, principles, reforms and modernism of Ataturk, and that as required by the principle of secularism, there shall be no interference whatsoever of sacred religious feelings in State affairs and politics;*
- *The understanding that it is the birthright of every Turkish citizen to lead an honourable life and develop his material and spiritual resources under the aegis of national culture, civilisation and the rule of law, through the exercise of the fundamental rights and freedoms set forth in this Constitution, in conformity with the requirements of equality and social justice;*
- *The recognition that all Turkish citizens are united in national honour and pride, in national joy and grief, in their rights and duties towards their existence as a nation, in blessings and in burdens, and in every manifestation of national life, and that they have the right to demand a peaceful life based on absolute respect for one another's rights and freedoms, mutual love and fellowship, and the desire for, and belief, in "Peace at home, peace in the world."*

Liberalisierungswellen ab den 80-er Jahren haben die sozialen Widersprüche der Gesellschaft zugenommen; mit dem Abschied vom starken, zentralistischen und kontrollierenden Staat konnte der gemäßigte politische Islam das Vakuum besetzen, das in der Zivilgesellschaft entstanden ist.

Die Todesstrafe wurde abgeschafft; der Präsident des Landes forderte ein hartes Durchgreifen gegen die Korruption, und in einer einzigartigen Reformanstrengung wurden erstmals in der Geschichte des Landes den Kurden Minderheitenrechte zugestanden. Aus der Warte europäischer Arroganz mag dies wenig sein, für die Menschen in der Türkei bedeuten diese Reformen wichtige Schritte. Vergessen wir auch nicht: fast 70 % der Bevölkerung wollen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU, und eine türkische EU-Mitgliedschaft würde z. B. selbst historisch so vorbelastete Konflikte wie das Verhältnis zum Nachbarn Griechenland sowie den Zypern-Konflikt lösbar werden lassen. Deshalb ist der Verfasser dieses Artikels ein Befürworter einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU, und der Aufnahme von baldigen Verhandlungen über den Beitritt, um den Anpassungsprozeß an das europäische Recht in der Türkei zu beschleunigen.

Über die politische Geschichte der Türkei seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, über die Fragen der Minderheiten- und Gewerkschaftsrechte, über den Radikalismus und Terrorismus auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums will hier gar nicht die Rede sein, und auch nicht über die Militärintervention des Jahres 1980. Die Gremien der Union werden über die Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien in der Türkei von heute zu entscheiden haben. Die Europäische Union hat beim Europäischen Rat in Helsinki im Jahr 1999 eine Einladung ausgesprochen, die nach all den Jahren des Werbens der Türkei um Mitgliedschaft in der EU auch nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

Ein Abbruch des türkischen EU-Integrationsprozesses würde eine wahrhaft verhängnisvolle Dynamik des kulturellen und zivilisatorischen Konflikts auslösen. Mit einer Blockade der 1999 festgelegten Anerkennung der Türkei als Mitgliedskandidat würde die Union letztlich auch jene Kräfte der Beharrung in der Türkei selbst stärken, gegen deren Widerstand seit 1999 u.a. die Todesstrafe abgeschafft und die Minderheitenrechte wesentlich verbessert wurden.

Ecksteine des militärischen Einflusses in die Politik waren die beiden Bestimmungen des türkischen Strafrechts, Paragraph 312 (Aufwiegelung religiösen Hasses) sowie Paragraph 159 (Beleidigung des Militärs)²¹. Die weit verbreitete Ansicht von Menschenrechtsorganisationen, wonach das Militär sich wie ein „Staat im Staate“ benehme, erhielten auch durch die Äußerungen von Generalstabschef²² General Kivrikoglu am 29. 10. 2001 Auftrieb:

²¹ Paragraphen, die mit dem Geist und Inhalt des EU-Acquis und den Kriterien von Kopenhagen kaum vereinbar sind, sind u.a. 150 Artikeln des Pressegesetzes. Die Übertragungen von BBC und Deutsche Welle auf türkischem Boden über Relay-Stationen wurden im Jahr 2001 unterbrochen, weil BBC und Deutsche Welle ebenso gegen diese Bestimmungen verstossen haben. Kurdisch-sprachige **Nachrichten** im Rundfunk und TV sind laut US-Außenamt, März 2002, noch immer untersagt

²² sein Nachfolger ist General Hilmi Özkök. Zu einem Porträt des Generals *Die Welt*, Mo. 25. 11. 2002 <http://www.welt.de/daten/2002/08/29/0829fo353198.htm>. Er wurde 1940 als Sohn einer armen Familie in der Kleinstadt Turgutlu geboren. Mit drei Jahren verloren er und seine fünf Geschwister die Mutter. Willenskraft und Zielstrebigkeit zeichneten schon den Schüler aus. Nach dem Abitur in Bursa absolvierte er erfolgreich die Militärakademie und wurde 1984 General. Zunächst wird Hilmi Özkök - der zweite Generalstabschef aus der Ägäis nach Kenan Evren, der 1980 den Militärputsch eingeleitet hatte - sein neues Amt für vier Jahre ausüben. Die einseitige Aufnahme des griechischen Teil Zyperns in die EU könne das östliche Mittelmeer in eine dauerhafte Krise verwickeln, erklärte der General bei einem kürzlichen Besuch auf der Insel. Als 1999 die vierte Auflage von Nadire Maters "Mehmets Buch" erschien, das Interviews von Soldaten enthält, die in den Ostprovinzen gegen kurdische Rebellen eingesetzt wurden, wandte sich der damalige stellvertretende Generalstabschef mit einem Brief an die Staatsanwaltschaft und veranlasste eine Anklage nach §159 des Türkischen StGB wegen "Beleidigung und Verunglimpfung der Streitkräfte".

Chief of Staff of the Turkish armed forces General Kivrikoglu, on October 29, made the peculiar boast that behind the closed doors of the NSC (i.e. National Security Council) meetings, where soldiers wear civilian clothes, there is "real democracy Everyone is free to say what they want. Article 312 does not apply."²³

Das mächtige Militär²⁴, die mächtige türkische Industrie, ja sogar auch die Schattenwirtschaft²⁵ hätte neben Europa auch noch andere Optionen. Die Gegner – und deren gibt es viele – der türkischen Mitgliedsperspektive in der EU sollen sich einmal überlegen, wer die politischen Kräfte waren, die am meisten gegen die seit 1999 eingeleiteten Reformen auftraten.

Trotz der zuletzt im August 2002 geänderten Gesetzeslage ist die Türkei im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten noch von den Kriterien von Kopenhagen entfernt, wiewohl der Fortschritt gegenüber den späten 90-er Jahren beachtlich ist und annehmen lässt, dass sinnvolle Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bei zügigem weiteren Reformtempo 2003 aufgenommen werden können. Viele der Reformen der Jahre 2000 – 2002 waren schon überfällig. So fiel das ‚Hosenverbot‘ gegen Beamtinnen aus dem Jahr 1982 (die Verordnung untersagte das Tragen von Hosen für weibliche öffentliche Bedienstete auf dem Arbeitsplatz); das männliche Familienoberhaupt wurde abgeschafft, und weibliche Gläubige haben nun das Recht zum islamischen Gottesdienstbesuch wie männliche Gläubige. Schülerinnen öffentlicher Krankenpflegeschulen müssen sich nun nicht mehr betr. ihrer Jungfräulichkeit

²³ <http://www.hrw.org/backgrounder/eca/turkey-analysis.htm>

²⁴ Vgl. die FAS-Dokumentation: <http://www.fas.org/asmp/profiles/turkey.htm>. Bereits der türkische Politiker M. Yilmaz wurde scharf von den Militärs kritisiert, weil er – wie in Europa üblich – die politische Kontrolle der Regierung über die Politik der Nationalen Sicherheit forderte. Vgl. US Außenamt, Menschenrechtsbericht 2002, Sektion 3.

²⁵ Ca. 75 % des in Europa konsumierten Heroins kommt über den Weg der Türkei. Vgl. hierzu die laufenden internationalen Drogen-Kontroll-Berichte des US-State-Departments <http://www.state.gov/g/inl/rls/nrcrpt/2001/rpt/8484.htm>. Der letzte, 2002 erschienene Bericht für das Jahr 2001 fasst zusammen: „Turkey’s geographical position makes it an important transit route for Southwest Asian opiates moving to Europe. It is also an operational base for major international drug organizations involved in drug smuggling, drug production, and drug trafficking, as well as drug-related money laundering. Turkish law enforcement organizations focus their efforts on stemming drug flows, intercepting precursor chemicals, and destroying illicit heroin processing laboratories. While most of the heroin trafficked via Turkey is marketed in Western European countries, some also finds its way to the United States. There is no clear evidence that the heroin that enters the United States from Turkey is in an amount that has a significant effect on the United States, but Turkey is a country of concern to the United States. There is no appreciable cultivation of illicit narcotics in Turkey other than marijuana grown primarily for domestic consumption. There is no evidence of diversion from Turkey’s legitimate opium poppy cultivation and pharmaceutical morphine production program. Turkey is a party to the 1988 UN Drug Convention.” Zum Problem der Drogen-bezogenen Korruption im Staatsapparat stellt der 2002-Bericht der Regierung ein positives Zeugnis aus: „The Turkish government continued to struggle against corruption in 2001. The Turkish government established an anticorruption supervisory committee in 2001, under the guidance of the IMF and the World Bank. The committee, which aims to increase transparency and efficiency in the public sector, has members from the Prime Minister’s Office, Auditing Board, Finance Ministry, Justice Ministry, Interior Ministry, Treasury, and the Financial Crimes Investigative Board. The Turkish government conducted two significant anticorruption operations in 2001, one in the Energy Ministry and the other in the Public Works Ministry, charging several individuals with corruption and wrong-doing in government contract tenders. The operations resulted in the resignation of both ministers and the arrest of many high-level officials. The Turkish government took another significant step against corruption by issuing a new state procurement law, which is in full compliance with EU standards. There is no evidence of corruption of high-level officials facilitating the transit or refining of narcotics in Turkey. Lower-level officials, such as those at border crossing points, might be involved in corruption that facilitates narcotics trafficking, but the government’s ongoing effort against corruption strives to apprehend and punish such individuals.”

ärztlich untersuchen lassen; und die Rechte der Kinder (auch der außerehelichen Kinder) wurden gestärkt.

Wichtig wäre laut Fortschrittsbericht 2002²⁶ z. B. nun

- die Unterzeichnung der Protokolle 6 und 13 zur EMRK
- sowie des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz der Minderheiten.
- Der Artikel 42 der Verfassung (ausschließliche Unterrichtssprache Türkisch) bedarf einer dringenden Reform
- Die Unterzeichnung der Europäischen Sozialcharta müsste geleistet werden.
- Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte müssen künftig in der Türkei ausnahmslos vollstreckt werden.
- Eine zügige Umsetzung des 3. türkischen Reformpakets mit dem Gesetz über den Rundfunk- und Fernsehrat ist notwendig. Das Gesetz besteht, es muss aber noch implementiert werden (i.e. es wäre zwar heute legal, auf Kurdisch zu senden, es wurden aber noch keine Konzessionen erteilt).
- Eltern, die ihren Kindern kurdische Vornamen geben, können noch immer wegen Versuchs der Spaltung des Landes gesetzlich verfolgt werden.
- Das Vereinsgesetz Artikel 5 widerspricht dem Artikel 6 des Vertrages von Maastricht: es ist in der Türkei verboten, Vereine zum Zweck von Tätigkeiten auf der Grundlage oder im Namen einer Region, Rasse, sozialen Klasse, Religion, oder Sekte zu gründen.
- Noch immer haben die nicht-moslemischen Glaubensgemeinschaften keine Rechtspersönlichkeit und keine Eigentumsrechte.
- Das Siedlungsgesetz aus dem Jahr 1934 gegen ‚nomadische Zigeuner‘ muss dringend reformiert werden.
- Für die anerkannten religiösen Minderheiten (Armenier, Griechen, Juden, Katholiken) besteht aufgrund des Gesetzes 2762 aus dem Jahr 1936 noch immer die dauernde Gefahr der Konfiskation des Eigentums.
- Der armenische Patriarch forderte erfolglos die Einrichtung einer theologischen Fakultät an der Universität Istanbul für christliche Theologie. Die Antwort der Behörden lautet bis dato, dass eine derartige Fakultät zwar eingerichtet werden könne, dass aber die Lehre ‚Moslems übertragen wird‘. Religiöse Privatschulen der nicht-islamischen Konfessionen haben einen stellvertretenden, moslemischen Direktor(in), dessen/deren Einflussnahme auf das Schulgeschehen die des Direktors/der Direktorin der Schule weit übertrifft.

Der Block der Rechtsnationalisten war der wahre Gegner der EU-Reformen

Im Kontext der EU-Integration der Türkei gilt es nun, einige Dinge beim Namen zu nennen. Dies ist nicht als ein unfreundlicher Akt gegenüber der weltoffenen, toleranten und demokratischen Türkei gemeint, die Mitglied der Union werden sollte. Über die Türkei zu sprechen, heißt aber realistisch die Blockaden zu analysieren, die den Bemühungen der türkischen demokratischen und an Idealen der Gewaltlosigkeit orientierten Zivilgesellschaft entgegenstehen.

²⁶ http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/tu_de.pdf

Die Türkei hat einen (schmutzigen) Krieg gegen die PKK gewonnen, der dem Land mehr als 30.000 Tote kostete. Nach US-Außenamt – Country Reports on Human Rights Practices – 2002 – sind mehr als 1 Million Menschen im Kontext dieses Krieges ‘displaced’ worden²⁷.

Es waren vor allem einige konservative Militärs und die rechtsnationalistische MHP, die bei den Wahlen 2002 knapp den Einzug ins Parlament verfehlte, die den heftigsten Widerstand gegen die großen EU-inspirierten Reformen mobilisierten, also die post-semitotalitären Kräfte, deren Jugendorganisation sich in den 60-er und 70-er Jahren dereinst ‚Graue Wölfe‘²⁸ nannten, damals wohl Teil einer weit verzweigten NATO-Gladio-Struktur waren, und die beim Attentat auf dem Petersplatz in Rom am 13. Mai 1981 durch Mehmet Ali Agca traurige internationale Berühmtheit erlangten²⁹.

²⁷ <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2001/eur/8358.htm>; Sektion I.f. des Berichts

²⁸ In der türkischen Mythologie spielt der graue Wolf eine nicht unwichtige Rolle; eine Wölfin führt – so wollen es die Märchen – die türkische Nation aus den Steppen Asiens in die Türkei

²⁹ vgl. die Türkei-bezogene Analyse des Mitarbeiters der *Los Angeles Times*, Martin A. Lee, <http://www.sfbg.com/reality/25.html>, u.v.a. Eine Zusammenfassung der Analysen Martin A. Lee’s auf globaler Ebene vgl. „The Beast Reawakens“ Routledge: London and New York. Letztens war auch das Buch der früheren Spiegel-Korrespondentin in Rom, Valeska von Roques: *„Verschwörung gegen den Papst – Warum Ali Agca auf Papst Johannes Paul II. schoß“*. Karl Blessing Verlag, München, 2001. 253 Seiten, ISBN 3-89667-102-2, Preis 48,00 DM, dem Thema des Rechtsradikalismus in der Türkei gewidmet. Von Roques „seziert“ in ihrem Buch die aus *Le Monde Diplomatique* u.a. Quellen bereits bekannten Querverbindungen der Attentäter des Jahres 1981 mit der rechtsextremen Szene in der Türkei, und behauptet auch, die USA hätten die „bulgarische Verbindung“ nur „erfunden“, um von den für die USA peinlichen Querverbindungen der Attentäter mit *Gladio*-Strukturen in der Türkei abzulenken. Es scheinen auch interessante Querverbindungen zu Vertretern der rechten Terrorszene in Italien zu bestehen. Sehr früh schon hat der amerikanische Politikwissenschaftler Edward Herman auf diese Phänomene hingewiesen: *The rise and fall of the Bulgarian connection* / Edward S. Herman and Frank Brodhead. New York: Sheridan Square Publications, c1986. Zur Homepage von Professor Edward S. Herman: http://www.thirdworldtraveler.com/Herman%20Edward_Herman.html. Zum offiziellen „Begräbnis“ der „bulgarischen Verschwörung“ hingegen <http://www.time.com/time/europe/magazine/article/0,13005,901020527-238571,00.html>. Am 23. 11. 1998 berichtete *Agence France Press* von einer Erklärung von Kardinal Achille Silvestrini vom vatikanischen Staatssekretariat, dass die Kirche mit ‚Sympathie‘ die ‚Kurdischen Aspirationen für nationale Souveränität‘ beobachte. Dies, nachdem der Vatikan den Brief von PKK-Chef Abdullah Öcalan erhielt, in dem dieser niemand anderen als den früheren Oberbefehlshaber des türkischen Landheeres, General Nurettin Ersin, bezichtigte, den Papstattentäter Mehmet Ali Agca vor seinem Attentatsversuch 1981 persönlich aus einem türkischen Gefängnis, in dem dieser gerade wegen eines anderen Attentats einsaß, befreit zu haben.

Rätselhaft ist bis heute, wie der am 9. Jänner 1958 in Yesiltepe, Malatya geborene Agca am 25. 11. 1979 aus dem Gefängnis entkommen konnte, in dem er sich wegen des Mordes am Journalisten Abdi Ipekci, Herausgeber von ‚*Milliyet*‘ als zum Tode Verurteilter befand. Zu einem Nachruf auf Ipekci, dessen Leben die demokratische Kraft der Zivilgesellschaft in der Türkei zeigt, vgl.: <http://www.freemedia.at/IPIReport2.00/24Ipekci.htm>.

Ipekci was organizing an international conference on political extremism and the media in Turkey when he himself fell victim to political extremism. He was gunned down as he drove home from work on Feb. 1, 1979, by Mehmet Ali Agca, a right-wing militant who later escaped from jail and attempted to assassinate Pope John Paul II. Ipekci was the most prominent of some 600 Turkish victims of terrorist violence in 1979 alone. “The bullets which killed him were intended for Turkey’s democracy and constitutional order,” said Ecevit. On the day of his funeral, the country’s newspaper offices interrupted work to pay homage to his memory, and the day’s editions appeared with black borders. The funeral turned into one of Istanbul’s largest public gatherings with thousands of people lining the route of the cortege to pay a final tribute to this highly respected journalist who stood up for democratic rights and freedoms.

Einen hervorragenden Überblick über die Querverbindungen des türkischen Rechtsextremismus bietet: http://www.pir.org/main1/Abdi_Ipekci.html mit den entsprechenden Literaturnachweisen und link-ups. Nachvollziehbar ist, dass General Ersin u.a. Oberbefehlshaber des türkischen Einmarschs in Zypern 1974 und der starke Mann der Junta des Jahres 1980 war. Nach ihm ist übrigens die größte Moschee im türkischen Teil Zyperns benannt: <http://www.schwarzaufweiss.de/Nordzypern/nurettinmoschee.htm>. Zu seiner Karriere im türkischen Militärapparat u.a. die Angaben von der offiziellen Webseite des türkischen Nachrichtendienstes

Die Minister der MHP in der vorangegangenen Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Premier Ecevit waren:

Landwirtschaft: Husnu Yusuf Gokalp

Verteidigung: Sabahattin Cakmakoglu

Gesundheit: Osman Durmus

Wohnbau, öffentliche Arbeiten: Abdulkadir Akcan

Industrie und Handel: Ahmet Kenan Tanrikulu

Die 1969 von Alpaslan Türkes³⁰, einem glühenden Verehrer von Adolf Hitler, gegründete MHP propagierte seinerzeit ein »Großtürkisches Reich« von Bosnien bis China, sah Kurden und Armenier³¹ als »minderwertig« an und pflegte einen militanten Antikommunismus. Sie wurde mit offensichtlicher Rückendeckung durch den US-Geheimdienst CIA gegen erstarkende linke Organisationen in der Türkei eingesetzt. Allein bis 1980 gingen 5000 Morde an Gewerkschaftern, kritischen Journalisten und Politikern auf ihr Konto. Einigen Experten galt sie als entscheidende Kraft zur Vorbereitung des von der NATO gedeckten Militärputsches 1980 in der Türkei, dem damals »westlichsten Bollwerk gegen Russland«. MHP-Anhänger und Mitglieder waren im Verwaltungsapparat zu finden, sie stellten damals wohl große Teile der Spezialeinheiten der türkischen Armee in Kurdistan und waren vielleicht auch eng mit dem türkischen Geheimdienst MIT verflochten³².

In der Ära von Premier Ecevit, der mit der MHP eine Koalition bildete, gehörten die Repräsentanten dieser Partei fest zur politischen Elite und besetzten u.a. das Verteidigungsministerium. Ein Autounfall im türkischen Sursuluk offenbarte wie kein anderes Ereignis die Zusammenarbeit zwischen Staat, Mafia, Geheimdiensten und MHP: 1996 kamen drei Menschen ums Leben, als ein gepanzerter Mercedes mit 200 Stundenkilometern in einen Lkw raste³³. Der einzige Überlebende war der kurdische Stammesführer Sedat Bucak, dessen Privatarmee gemeinsam mit den türkischen Spezialeinheiten gegen den kurdischen Unabhängigkeitskampf operierte. Er galt außerdem als

MIT, <http://www.mit.gov.tr/english/must-biyog12.html>. Zu den Anschuldigungen Öcalans vgl. auch *La Repubblica*, 16. Dezember 1998: <http://www.repubblica.it/online/fatti/pkk/mandanti/mandanti.html>

³⁰ 1944 wurde er verhaftet, weil er als Kopf einer faschistischen Bewegung versucht hatte, die Türkei an der Seite Hitlerdeutschlands aktiv in den 2. Weltkrieg zu ziehen. In dem gegen ihn laufenden Verfahren äußerte er sich wie folgt: "Ich betrachte es als Ehre, wegen Turanismus und Rassismus verurteilt zu werden. Die Verwaltung des Staates durch Menschen türkischer Rasse ist lebensnotwendig. Die in der Türkei lebenden Nichttürken mit türkischer Staatsangehörigkeit sind Tscherkessen, Bosniaken, Lazen, Araber, Kurden, sie sollte man in die Länder schicken, wo sie hingehören." Bis 1958 war Türkes in der türkischen Militärmission in Washington tätig gewesen und knüpfte hier enge Kontakte zum CIA und zum Pentagon. Im gleichen Jahr besuchte er die Schule für Atom- und Nukleartechnik in der BRD. Er gehörte im Jahr 1960 zu den 32 Offizieren, die die damalige Menderes Regierung stürzten. Nach dem Putsch wurde er zum persönlichen Sekretär des neuen Machthabers, General Gürsel, ernannt. Dort versuchte er weiter hinter den Kulissen seine panturistischen Ideen durchzusetzen. Türkes wurde aber bald, zusammen mit 14 anderen Mitstreitern, politisch kaltgestellt und in die türkische Botschaft nach Neu-Delhi „abgeschoben“. Nach seiner Rückkehr in die Türkei im Jahre 1964 konzentrierte er sich auf den Aufbau der MHP / "Graue Wölfe". Im Zuge des Verbotes der MHP im Jahre 1980 wurde im jegliche politische Betätigung untersagt. Vgl. auch

http://www.antifakomitee.de/website/duisburg/mhp_kongress/mhp_hintergrund.htm#tuerkes

³¹ Zu den Ereignissen des Jahres 1915 u.a. der Bericht des damaligen US-Botschafters Henry Morgenthau: <http://raven.cc.ukans.edu/~libsite/wwi-www/morgenthau/MorgenTC.htm>. Die offizielle Sichtweise der Türkei (Türkisches Außenamt): <http://www.mfa.gov.tr/grupe/eh/eh11/default.htm>

³² So behaupten zumindest einige in diesem Artikel zitierte Analysen. Zur Struktur des Sicherheitsdienstes vgl. die frei im Internet zugängliche Publikation der Federation of American Scientists (FAS), insbes. <http://www.fas.org/irp/world/turkey/teskilat.html>. Es ist ein interessantes Detail türkischer Geschichte, dass der „Geburtshelfer“ des MIT im Jahre 1927 – damals unter dem Namen MEH (National Security Service) der aus Polen stammende deutsche Offizier Oberst Walter Nicolai war. Der MIT untersteht dem Premierminister.

³³ vgl. <http://www.jungewelt.de/frameit.php?/1999/10-02/019.shtml>

große Nummer im Drogengeschäft und war hochrangiger Politiker der »Partei des rechten Weges« (DYP). Einer der Toten war Hüseyin Kocadag, der mit zahlreichen Vollmachten ausgestattete Chef der »Abteilung für Terrorismusbekämpfung« der Istanbuler Polizei. Gonca Us, ebenfalls Insassin des Wagens, galt als Gefährtin des berüchtigsten Unfallopfers: Abdullah Catli, dem »zweiten Mann« in der damaligen Riege der Grauen Wölfe. Seit 17 Jahren stand Catli u. a. wegen zahlreicher politischen Morde auf internationalen Fahndungslisten, arbeitete Anfang der 80er für den türkischen Geheimdienst MIT und war jener Mann, der als einer der Drahtzieher des Attentats auf Papst Johannes Paul II im Mai 1981 bezeichnet wird.³⁴

Trotz der offensichtlichen Verbindungen von Vertretern staatlicher Institutionen mit terroristischen Kreisen verhinderten sowohl der damals amtierende Staatspräsident Süleyman Demirel als auch die damalige Außenministerin Tansu Ciller weitere Ermittlungen. »Diese Menschen, die für das Vaterland schießen und erschossen werden, sind ehrenvolle Menschen«, erklärte Ciller in einer Parlamentsrede zum Sursuluk-Unfall. Nach ihrem Wahlerfolg 1999 versuchte die MHP, sich in der Öffentlichkeit gemäßigt zu geben. Der Chef, Devlet Bahçeli, behauptete, er habe die »Mafia-Elemente« in der Organisation der Grauen Wölfe »liquidiert«. Die türkischen Boulevardblätter haben diese Version übernommen und verkündeten, die MHP habe sich »geändert«.³⁵ Der bekannteste investigative Journalist der Türkei, Ugur Mumcu, der sich mit den Querverbindungen der Drogenszene mit dem Radikalismus in der Politik befasste, wurde am 24. Januar 1993 ebenso wie sein Kollege Abdi Ipeki 1979 ermordet (vgl. auch einen Artikel in der *Jerusalem Post* am 23. Mai 2000³⁶).

³⁴ <http://www.monde-diplomatique.fr/1997/03/LEE/8019.html> und Los Angeles Times, 12. April 1998; nachzulesen auch in <http://www.diaspora-net.org/Turkey/thugs.htm>. 1982 wurde Catli in Zürich gefasst und nach Italien ausgeliefert, dort aber wegen mangelnder Beweise freigesprochen. Mehrmals kam er danach in Frankreich und zuletzt in der Schweiz wegen Heroinhandels ins Gefängnis. 1990 taucht er nach einer spektakulären Flucht aus dem eidgenössischen Zentralgefängnis Bostadel unter. Im Kofferraum des gepanzerten Mercedes fanden sich weitere falsche Papiere, u.a. nach *Le Monde Diplomatique* auch Blanks-Diplomatenpässe, außerdem Maschinenpistolen, Berettas, Schalldämpfer, Abhörgeräte, falsche Nummernschilder und Munition. Der türkische damalige Innenminister Mehmet Agar sagte, „sein Freund Bucak sei der beste Kämpfer gegen die PKK“, im übrigen seien die Männer in dem Mercedes gewesen, „weil sie Catli in ein Istanbuler Gefängnis bringen wollten“. Dieser sei vorher von Kocadag festgenommen worden. Die Mercedes-Besatzung war vor dem Unfall ein Wochenende lang mit Casino-Besuchen und der Begutachtung von lukrativen Grundstücken beschäftigt.

³⁵ Welche Rolle Nordzypern in der Geldwäsche, und in der internationalen Kriminalität spielte, ist umstritten. Einige investigative Journalisten behaupten, dass sogar der international am meisten gesuchte Terrorist der Welt, Osama Bin Laden, 1996 sowie im Jahr 1998 den türkisch besetzten Teil Zyperns besucht haben soll. Die Behauptungen darüber wurden wie folgt veröffentlicht: der türkische Fernsehkanal NTV am 20.9. 2001 um 15 Uhr; sowie die italienische Tageszeitung *La Repubblica* am 5. 11. 2001, Zit. dok. Nachrichtenagentur ANA am 6.11.2001; vgl. auch die Türkei-kritische Webseite http://www.angelfire.com/space/discover_turkey/; im Konkreten: http://www.angelfire.com/space/discover_turkey/BinLadin.htm. In der Amtszeit von Tansu Ciller soll es zu einer beträchtlichen Einflussnahme der Grauen Wölfe im besetzten Nordzypern gekommen sein.

³⁶ <http://www.jpost.com/Editions/2000/05/16/Columns/Columns.6747.html>. Die *Post* berichtet allerdings auch von Spekulationen, wonach islamische Fundamentalisten mit *connections* zum Iran Ugur Mumcu ermordet hätten. Im Hinblick auf das in diesem Artikel wiedergegebene Schrifttum erscheint diese Hypothese nicht sehr glaubhaft. Mumcu war zunächst – ebenso wie viele – der Ansicht, Ali Agca's Hand sei durch Bulgarien und den KGB „ferngesteuert“ worden, er kehrte aber in seinen nicht enden wollenden Recherchen zu seinem alten Ausgangsthema – den Rechtsextremisten in der Türkei selbst – wieder zurück. Zu diesen Punkten u.a. auch die einander widersprechenden Aussagen folgender Webseiten, deren Inhalt hier nicht beurteilt wird: <http://www.vsp-vernetzt.de/soz/0004112.htm> und <http://www.kurdistan-rundbrief.de/1996a/kr960403.htm>. Der des Mordes an Ugur Mumcu verdächtige Anhänger der radikal- islamistischen Hizbullah, Sefik Polat, hielt sich einem Bericht der Tageszeitung "*Özgür Politika*" zufolge dann in Deutschland auf. Dem Bericht zufolge hat Sefik Polat am 1. Oktober 1993 in Oldenburg einen Asylantrag gestellt. Die türkischsprachige Zeitung "*Özgür Politika*" veröffentlichte den Asylantrag mit dem Aktenzeichen B 17 77 500-163. Polat hatte sich in seinem Asylantrag als Kurde und Anhänger der PKK ausgegeben, gegen die Hizbullah hingegen Anschuldigungen

In Deutschland organisiert sich die MHP auf Basis einer Vereinsstruktur, die sich als »Türkische Gemeinschaften«, »Idealistenvereine« oder einfach als »Kulturvereine« bezeichnen. Auch einige Moscheen sind fest in der Hand der Grauen Wölfe, obwohl die MHP als laizistisch gilt. Als Reaktion auf die Wahlerfolge der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei in der Türkei gewann Anfang der 70er Jahre der Islam auch in der Parteipropaganda der MHP immer mehr an Bedeutung.

Die Beziehungen der MHP zu politischen Kräften in Deutschland sind untrennbar mit der Person des 1997 verstorbenen Alpaslan Türkes verbunden. Schon Anfang der 40er Jahre galt er führenden SS-Offizieren als der interessanteste »Verbindungsmann« zum türkischen Geheimdienst. Im Nachkriegsdeutschland pflegte Türkes mehreren Quellen zufolge Kontakte zur NPD und hatte sich in den Freundeskreis um den CSU-Politiker Franz-Josef Strauß eingereiht.

Gemeinsames Erkennungszeichen der Grauen Wölfe ist der »Wolfsgruß«, bei dem kleiner und Zeigefinger ausgestreckt sind, während der Daumen mit dem Ring- und Mittelfinger zusammengeführt wird. Diesen Gruß zeigen Fußballfans nach gewonnenen Spielen genauso wie Angehörige türkischer Spezialeinheiten, die sich triumphierend auf Fotos mit getöteten Kämpfern der PKK³⁷ abbilden ließen.

Im Zuge der großen Debatte in der Türkei um die EU-inspirierten Reformen – wie der Abschaffung der Todesstrafe – war die MHP strikt gegen die Reformen. Die Anpassung der Türkei an den *Acquis* – an den Rechtsbestand der Union – empfindet sie als eine „Einmischung in die Inneren Angelegenheiten des Landes“ (*The Observer*, 4. August 2002). Mit Befriedigung nahm man in diesem Sektor zur Kenntnis, dass aus unbestimmten Quellen E-mails der EU-„Botschafterin“ (eigentlich korrekt: „Delegationsleiterin“) in Ankara, Karen Fogg³⁸ nach Brüssel sich in der türkischen anti-EU-Gazette *Aydinlik* wiederfanden. Jemand musste sie abgefangen haben (*Le Monde*, 20.02.2002). Ihr Chefredakteur Dogu Perinçek war noch vor 15 Jahren ein glühender Maoist und unterstützt heute das Lager der türkischen rechtsnationalen EU-Gegner. Bei näherer Betrachtung ist die veröffentlichte Berichterstattung der EU-Delegation in Ankara ohnehin moderat, auch im Vergleich mit der veröffentlichten Berichterstattung des US-Außenamtes oder der Vereinten Nationen. So wurde im August 1999 der türkische Bergarbeiter-Gewerkschaftschef Semsî Denizer, der auch Präsident des

erhoben. Polat soll sich kurdischen Quellen zufolge (siehe oben) unerkannt in Deutschland aufhalten. Nach dem Mord an Mumcu am 24. Januar 1993 war er als mutmaßlicher Täter festgenommen und ohne dass weitere Ermittlungen erfolgt wären, wieder freigelassen worden. Dieses Verhalten der Behörden wurde von der liberalen Zeitung "Cumhuriyet" sowie von der Familie Mumcus kritisiert. Der damalige Innenminister İsmet Sevinç hatte seinerzeit erklärt: "Die Schlüsselfigur im Mord an Ugur Mumcu ist gefasst worden." Dennoch wurde Polat einige Tage später ohne jegliche behördliche Erklärung wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Freilassung Polats hatte in der türkischen Presse zu Diskussionen geführt. Der Verteidiger im Falle Mumcu, Emin Deger, hatte erklärt, Polat stehe entweder in Verbindung mit dem Staat oder mit "dunklen Mächten". Der Vorsitzende der vom türkischen Parlament eingerichteten Untersuchungskommission für unaufgeklärte Morde, Sadık Avundukoglu (Partei des Wahren Weges, DYP), hat Mitte 1994 in einem Schreiben an den damaligen Innenminister Nihat Menteşe angefragt, ob Sefik Polat polizeilich gesucht werde, und wenn ja, warum er aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Menteşe hatte diese Fragen und die der liberalen Tageszeitung "Cumhuriyet" nicht beantwortet, sondern die Verantwortung dem Staatssicherheitsgericht übertragen, dessen damaliger Oberstaatsanwalt Nusret Demiral mit Hinweis auf noch andauernde Untersuchungen einen Kommentar verweigert hatte.

³⁷ Zum totalitären Terror-Imperium der PKK mit 30.000 Opfern im Land die Dokumentation der Federation of American Scientists (FAS), <http://www.fas.org/irp/world/para/pkk.htm>. Die Sichtweise des türkischen Außenamtes: <http://www.mfa.gov.tr/grupe/eh/eh01GER/default.htm>

³⁸ Adresse der Delegation im Internet: <http://www.deltur.cec.eu.int/english/main-e.html>

gesamt-türkischen Gewerkschaftsbundes *Türk-Is* war, bei einem Besuch in der Bergwerksstadt Zonguldak ermordet (*ICEM update*, 44/1999, 10. August 1999). Der amerikanische AFL/CIO-Gewerkschaftsvorsitzende John Sweeny z. B. gab seiner Bestürzung über diesen Mordanschlag Ausdruck (*AFL/CIO News Releases*, 11 August 1999); die Kommission erwähnte im zeitlich korrespondierenden Fortschrittsbericht die Tatsache des Mordanschlages gegen den türkischen Gewerkschaftschef nicht einmal mehr, sondern sprach nur sehr allgemein von „*no major progress in the area of social dialogue*“ (FB 2000, Seite 46).

Ohne weitere einschneidende und sehr konkrete Reformen wird aber die Türkei die Kopenhagen-Kriterien weiterhin nicht erfüllen; für die MHP sind aber bereits die jetzt beschlossenen Reformen „Landesverrat“ und Unterstützung des „Separatismus“. Die Union als Wertegemeinschaft beruht aber – wie auch der Artikel 6 (konsolidierte Fassung³⁹) des Vertrages über die Europäische Union im EU-Primärrecht bereits in Maastricht 1992 festgelegt hat, auf Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit:

Artikel 6 (ex-Artikel F) (1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.

(2) Die Union achtet die Grundrechte, wie sie in der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts ergeben.

(3) Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.

(4) Die Union stützt sich mit den Mitteln aus, die zum Erreichen ihrer Ziele und zur Durchführung ihrer Politiken erforderlich sind.

Die Europa-politischen Optionen der MHP spiegelten sich übrigens in ihrem 124-seitigen Wahlmanifest nieder, das der EU-Integration eine auf die Nachbarstaaten bezogene, „multilaterale“ Strategie entgegen stellte (*Turkish Daily News*, 13. 11. 2002). Die MHP plädierte auch für scharfe türkische Maßnahmen, sollte Zypern Mitglied der EU werden. Mit dem nunmehrigen Ausscheiden der MHP aus dem Parlament – sie scheiterte knapp an der 10 % - Hürde – ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere positive Integration der Türkei in die EU und der Entwicklung der türkischen Zivilgesellschaft gegeben.

Europa darf nicht zu lange warten: außenpolitische Perspektiven jenseits von Europa

Nicht nur die radikal-nationalistische Rechte würde eigentlich viel lieber andere außenpolitische Optionen verfolgen als Europa. Dass die Türkei außenpolitisch auch andere Perspektiven offen hätte, zeigen Äußerungen des Generalsekretärs des nahezu allmächtigen Nationalen Sicherheitsrates, General Tuncer Kilinc, der in einer Aufsehen erregenden Stellungnahme davon ausging, dass die EU als ‚Christenklub‘ gar nicht wirklich an der Türkei

³⁹ http://europa.eu.int/eur-lex/de/treaties/selected/livre1_c.html

interessiert sei, und dass die Türkei deshalb eine strategische neue Allianz mit Russland und dem Iran bilden solle⁴⁰. Damit würde die Türkei noch mehr zu einer regionalen Großmacht avancieren, und es ist durchaus wahrscheinlich, dass auch die Wahlsieger von 2002, sollte Europa weiter auf seiner Haltung des Nicht-Beginnens von Verhandlungen beharren, diese Karte ausspielen würden.

Ganz folgerichtig ist deshalb z.B. die derzeit amtierende, rot-grüne deutsche Bundesregierung der Ansicht, dass von Kopenhagen 2002 ein deutliches Signal an die Türkei ausgehen müsse. Dies könne dergestalt sein, dass man dem Land *"ein Datum gibt, wann man ein Datum nennen wird"*, hieß es in Berliner Regierungskreisen. Bis zum Jahresende werde die EU ihre bislang sehr abwartende Haltung gegenüber der Türkei ändern, sagten Diplomaten lt. *Financial Times Deutschland* vom 25. 10. 2002. Der EU-Koordinator für Außenpolitik, Javier Solana, hatte die ablehnende Haltung von Kommissionspräsident Romano Prodi bereits am 24. 10. 2002 kritisiert. Bundesaußenminister Joschka Fischer hat – wiederum nach FT - gesagt, vor dem Hintergrund des islamistischen Terrorismus müsse die EU ein starkes strategisches Interesse an der Türkei haben. *"Es gibt mehrere Länder - einschließlich Deutschland -, die die positivsten Signale an die Türkei schicken wollten"* wird Fischer zitiert.

Der Europäische Rat von Helsinki (11./12. Dezember 1999) hat die Türkei formell als Beitrittskandidaten anerkannt⁴¹. Die Türkei wird damit wie jeder andere Beitrittskandidat behandelt: Sie muss sich an den gleichen Kriterien messen lassen. Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden erst aufgenommen, wenn sie die politischen Kriterien des Europäischen Rats von Kopenhagen vom Juni 1993 erfüllt (sog. "Kopenhagener Kriterien" Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten).

Die Europäische Kommission prüft und bewertet - wie bei allen anderen Kandidatenländern - in jährlichen Berichten die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. In ihrem Fortschrittsbericht 2001 und 2002 hat die Kommission festgestellt, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien weiterhin nicht erfüllt. Trotz durchaus beachtlicher Reformbemühungen bestehen Defizite fort, insbesondere im Bereich der Grundfreiheiten, im Strafvollzug und bei der Gewährleistung kultureller Rechte (Kurden-Problem). Die kürzlichen Verfassungsreformen werden als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewürdigt, jedoch bestehe jetzt Handlungsbedarf bei der Anpassung einfacher Gesetze und der Umsetzung in der Praxis.

Die Beitrittspartnerschaft ist am 08.03.2001 förmlich vom Ministerrat der Europäischen Union angenommen worden. Sie bestimmt Ziele und Prioritäten für die Erfüllung der Beitrittskriterien, die die Türkei kurz- und mittelfristig im Rahmen der Heranführung an die Europäische Union verwirklichen muss.

Die türkische Regierung hat am 19.03.2001 ihr Nationales Programm zur Umsetzung der Beitrittspartnerschaft verabschiedet. Mit diesem umfangreichen Dokument gibt sich die Türkei einen Katalog von Einzelmaßnahmen vor, die zur Übernahme der europäischen Rechtsvorschriften (*acquis communautaire*) notwendig sind.

Der Europäische Rat in Laeken (Dezember 2001) hat auch beschlossen, dass die Türkei - wie auch alle anderen Beitrittskandidaten - am Konvent über die Zukunft der Union - teilnehmen

⁴⁰ vgl. die ausgezeichnete Analyse der SAIS an der Johns Hopkins University vom 8. Mai 2002 die im Internet unter http://www.cacianalyst.org/2002-05-08/20020508TURKEYS_STRATEGIC_CHOICE.htm abrufbar ist.

⁴¹ vgl. insbesondere die Länderdokumentation des auswärtigen Amtes, Berlin

wird. Vertreter der türkischen Regierung wurde der frühere stellvertretende Ministerpräsident und frühere Staatsminister für Europafragen, Mesut Yilmaz.

Zur Unterstützung des Heranführungsprozesses und der notwendigen Reformmassnahmen erhält die Türkei seit dem Jahr 2000 Vorbeitrittshilfen der Europäischen Union. Für den Dreijahreszeitraum 2000-2002 wurden jährlich 177 Mio. € allein an Zuschüssen u.a. zur Vertiefung der Zollunion mit der EU sowie zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Türkei zur Verfügung gestellt. Ferner kann die Türkei auf Darlehen aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank zugreifen. Insgesamt belaufen sich die geplanten Zusagen im Zeitraum 2000 bis 2006 auf ein Zuschussvolumen von 1,059 Mrd. € und ein Kreditvolumen von ca. 1,920 Mrd. €

Die damalige EWG hat mit der Türkei bereits 1963 das sog. "Abkommen von Ankara" zur Gründung einer Assoziation geschlossen. Schon dieses Abkommen enthält in Art. 28 eine Beitrittsperspektive:

"Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen."

Das Assoziierungsabkommen von 1963 enthält in Art. 12 auch die Vereinbarung, schrittweise die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. In Ausgestaltung dieser Vereinbarung hat der gemeinsame Assoziationsrat bereits 1980 beschlossen, rechtmäßig eingereisten und beschäftigten türkischen Arbeitnehmern einen verfestigten Aufenthaltsstatus einzuräumen, der ihnen unter bestimmten Umständen ein Bleiberecht in der Europäischen Union verleiht.

Mit Beschluss des Assoziationsrates EG-Türkei vom Dezember 1995 wurde die bisher einzige Zollunion der EU mit einem Drittstaat begründet. Zwischen der EU und der Türkei wurden damit nicht nur alle Zölle abgebaut, sondern auch ein gemeinsamer Außenzoll festgelegt.

Den 3. November 2002 richtig verstehen

Hier wird argumentiert, dass man der islamisch-demokratischen Volkspartei der AKP seitens Europas eine Chance geben sollte. Die Umwandlung einer islamistischen Bewegung in eine islamisch-demokratische Volkspartei könnte von der Warte des Reifens einer Demokratie ein ebenso interessanter Prozess werden wie die Herausbildung der christdemokratischen Volksparteien in Westeuropa nach 1945. Für die Reformer in der islamischen Welt, wie in Marokko, in Ägypten, im Iran, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, wäre eine erfolgreiche EU-Mitgliedsperspektive der Türkei auch ein außenpolitisches Signal: dass der Kulturdialog, und nicht der Kulturkampf das Geschick des 21. Jahrhunderts zu bestimmen im Stande ist.

Der Laizismus zählt zu den Grundprinzipien der türkischen Republik. Er soll verhindern, dass der Islam den Staat maßgeblich beeinflusst. Tatsächlich besteht aber – wie das auswärtige Amt in Berlin in seiner im *Internet* offen zugänglichen Länderanalyse darauf hinweist - keine klare Trennung von Staat und Religion, sondern Kontrolle des (sunnitischen) Islam, der weite Teile des öffentlichen Lebens in der Türkei prägt, durch den Staat (Amt für Religiöse Angelegenheiten). Handlungen und Meinungsäußerungen, die einem Einfluss des Islam auf das staatliche oder gesellschaftliche Leben fordern, können strafrechtlich verfolgt werden. Ein politisch strittiges Thema ist das sogenannte Kopftuchverbot an den Hochschulen.

Da die türkische Gesellschaft traditionell islamisch geprägt ist, verschwimmen die Grenzen zwischen verbotenen, geduldeten und offiziell geförderten Aktivitäten mit islamischem Hintergrund. Der Staat finanziert nach wie vor die religiös ausgerichteten Imam-Hatip-Schulen und beschickt sie mit Lehrern. Nach der Schulreform von 1997 hat er allerdings ihr Tätigkeitsfeld beschränkt. Er fördert den Bau von Moscheen, stellt für diese kostenfrei Wasser und Strom zur Verfügung und bezahlt die religiösen Beamten (über 70.000) .

Der Laizismus ist nie unumstritten gewesen. Seit Gründung der Türkei hat es immer wieder Versuche gegeben, über islamistische Parteien der Religion wieder mehr Einfluss auf den Staat zu verschaffen, sie sind jedoch stets nach einiger Zeit verboten worden. Die bisher erfolgreichste dieser Parteien war die *Refah-* (Wohlfahrts-) Partei. Sie wurde stärkste Partei bei den Wahlen 1995 mit ca. 24 %. Ihr Chef Erbakan war 1996/97 erster islamistischer Ministerpräsident der Türkei. Die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates vom 28.02.1997 („Februar-Ereignisse“), die auf die weitere Zurückdrängung des Islam aus der Politik zielten und die nach wie vor Gültigkeit besitzen, führten bekanntlich zum Sturz seiner Regierung. Refah wurde Anfang 1998 verboten, die hiergegen gerichtete Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte war erfolglos (Entscheidung v. 31.07.2001⁴²). Kurz vor dem Verbot hatten islamistische Politiker bereits die *Fazilet-* (Tugend-) Partei unter Mehmet Recai Kutan gegründet. Auch sie hat das Verfassungsgericht am 22.06.2001 aufgelöst. Dies führte zur Gründung von zwei Parteien: Die Traditionalisten schlossen sich in der Saadet- (Glückseligkeits-) Partei wieder unter Kutan (wie bisher mit Erbakan im Hintergrund), die Reformer in der *Adalet ve Kalkinma-* (Gerechtigkeits- und Aufbau-, AKP) Partei unter Erdogan zusammen. Anfang Januar 2002 hat das Verfassungsgericht entschieden, dass Erdogan die Gründungsmitgliedschaft in der AKP binnen sechs Monaten aufgeben muss. Sein Parteivorsitz wurde bislang nicht beanstandet.

Mit einer Rate der Armut, die je nach Definitionen 12.7 % (Human Poverty Index), 18 % (Bevölkerung unter 2 \$ pro Kopf und Tag Kaufkraft) oder 9.6 % der Bevölkerung (%-Anteil jener, die den 40. Geburtstag nicht erleben) ausmacht, konfrontiert mit den Folgen der verheerenden Erdbebenkatastrophe und der Finanzkrise, die das Land heimsuchten, hat sich die „militärische Demokratie“ der Türkei tot gelaufen, und die Menschen – insbesondere in den Armenvierteln („*gecekondus*“) sehnten sich nach einem fundamentalen Wandel herbei. Die Hamburger ZEIT charakterisiert die siegreiche, moderat-islamistische Bewegung wie folgt:

„Das Manifest der Gerechten ist kein radikaler Wurf. Es geht aber in vielem weiter als die Programme etablierter Parteien. Dem Laizismus schwören sie die unbedingte Treue. Den Kurden gestehen sie ein Recht auf ihre Sprache zu. Mit Blick auf die EU-Kandidatur der Türkei fordern sie eine Demokratisierung des Landes. Sie schlagen die Privatisierung des Bildungs- und Gesundheitswesens vor. Damit entfernt sich Erdogan von den alten Vorstellungen der Religiösen. Aber der Abschnitt über die Streitfrage, ob Mädchen in Schulen und Universitäten Kopftücher tragen dürfen, lässt die alte Handschrift erkennen: Darüber solle "im gesellschaftlichen Konsens" entschieden werden.“

(http://www.zeit.de/2001/34/Politik/200134_erdogan.html)

⁴² Der Fall wird allerdings vor der grossen Kammer neu verhandelt: EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS PENDING CASES BEFORE A GRAND CHAMBER 15/11/2002: Refah Partisi, Erbakan, Kazan, Tekdal (TR) vgl. <http://www.echr.coe.int/BilingualDocuments/PendCase.htm>

Natürlich sollte man sich keinerlei Illusionen darüber machen: die AKP steht nicht nur auf dem Boden der Wirtschaftspolitik des internationalen Währungsfonds, sondern sie befürwortet z.B. den weiteren Ausbau der Kernenergie.

Das negative Erbe der abgetreten politischen Klasse ist nach Daten der Kommission in Brüssel gewaltig:

TRK	1997	1998	1999	2000	2001
Wachstum BIP	7,5	3,1	-4,7	7,4	-7,4
Inflation	85,7	84,9	64,2	57,3	57,6
AL-Rate	6,7	6,8	7,7	6,6	8,5
Haushaltssaldo in % des BIP	-13,4	-11,9	-18,7	-6	-28,7
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	-1,4	1	0,7	-5,3	2,3

Die Gratwanderung zwischen islamisch-demokratischen Werten und einer großbürgerlich-neoliberalen Wirtschaftspolitik wird sich bald zeigen. In einigen Bereichen, wie etwa einer saubereren öffentlichen Verwaltung, aber auch in der Außenpolitik würde die AKP an der Macht neue Akzente setzen. Gegenüber dem harten Vorgehen der Sharon-Regierung in Israel hat Parteichef Erdogan schon angekündigt, keinerlei Verständnis zu haben, es fiel das Wort vom israelischen „Terrorismus“ (*Associated Press* vom 6. November 2002)⁴³. Auch bei der Benutzung der türkischen Militärbasen bei einem etwaigen Angriff auf den Irak hat Erdogan bereits signalisiert, weit weniger kooperativ zu sein als vorhergehende türkische Regierungsparteien dies gewesen sind.

In führenden Medien der arabischen Welt⁴⁴ ist der Wahlsieg Erdogans ausdrücklich begrüßt worden, während in Israel⁴⁵ Skepsis herrscht. Auch im Iran wird der Wahlsieg Erdogans begrüßt⁴⁶.

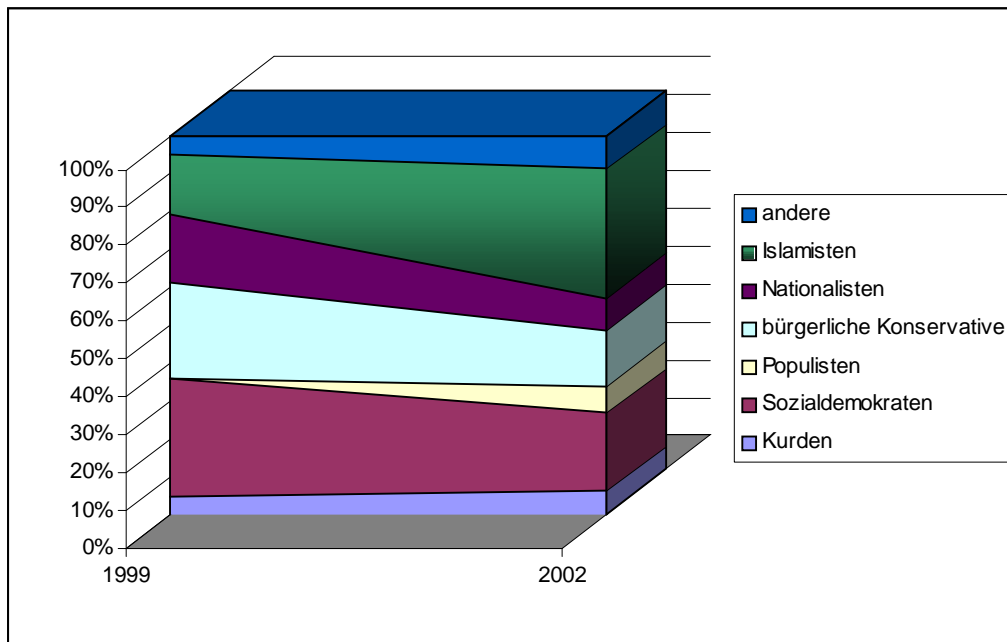
Ordnet man die verschiedenen politischen Parteien der Türkei in größere Lager ein, kommt man zu dem Ergebnis, dass das alte zweigipfelige Parteiensystem mit den Ecevit-Sozialdemokraten der DSP und der rechtsnationalistischen MHP durch ein neues zweigipfeliges System ersetzt wurde – die islamisch-demokratische Volkspartei AKP und die kemalistisch-sozialdemokratische CHP, während insbesondere das einst staatstragende konservativ-bürgerliche Zentrum weiter erodierte:

⁴³ Mit dieser Sichtweise ist Erdogan nicht weit entfernt von der Sicht des lateinischen katholischen Patriarchen von Jerusalem, Michel Sabbah: <http://www.al-bushra.org/latpatra/patriarcharticle.htm>

⁴⁴ <http://weekly.ahram.org.eg/2002/612/op3.htm>

⁴⁵ Jerusalem Post; Jerusalem; Nov 12, 2002; EFRAIM INBAR

⁴⁶ <http://www.tehrantimes.com/DetailView.asp?Keyword=turkey&Da=11/18/02&Cat=9&Num=11>



In Zahlen ausgedrückt, ist dies folgende Bewegung zwischen den politischen Blöcken:

	1999	2002
Kurden	4,7	6,2
Sozialdemokraten	31,2	20,6
Populisten	0	7,2
bürgerliche Konservative	25,4	14,7
Nationalisten	18,1	8,3
Islamisten	15,5	34,3
andere	5,1	8,7

Weitere Analysen der Bewegungen im Parteienspektrum finden sich in den Graphiken und Tabellen des Anhangs. Es ist letztlich wahrscheinlich, dass die Türkei mit den Novemberwahlen sich in ein neues Zwei-Parteiensystem entwickelt. Aus europäischer Sicht sollte dem neuen Premierminister Erdogan zumindest ebenso eine Chance eingeräumt werden wie seinen laizistischen Vorgängern.

Aus der Sicht der arabischen Welt besonders interessant ist die Besetzung des Außenamtes durch Abdullah Gul und – bis zum März 2003 – durch den türkischen Diplomaten Yasar Yakis. Er gilt als besonders enger Vertrauter von Parteichef Recep Erdogan:

His deputy, former Turkish diplomat Yasar Yakis, says Erdogan's treatment at the hands of the military shows that the religious parties, far from being Taliban-style fundamentalists, are more liberal than their secular counterparts. (<http://www.csmonitor.com/2002/0605/p06s02-woeu.html>)

Seine Haltung zu den Kriegsplänen der USA im Irak⁴⁷ ist überaus kritisch. Seine bisherigen, u.a. von *Agence France Press* reflektierten Äußerungen zu Europa waren sehr freundlich. Die ersten Erklärungen der neuen Regierungen sind als überaus moderat und pro-europäisch zu werten.

Laut *Turkish Daily News* kann man die Ziele der weiteren Schlüsselressorts im Bereich Soziales/Gesundheit wie folgt beschreiben:

Erziehung: Erkan Mumcu (will die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in der Bildung verbessern - n.b.: der laizistische Staat verbot bislang Kopftuchträgerinnen den Zugang zur Uni) (geboren 1963, Absolvent der Englischen Philologie der Uni Istanbul)

Arbeit Soziales: Murat Basegioglu (geboren 1955, Absolvent der Rechtswissenschaften der Uni Istanbul, Rechtsanwalt)

Agrar: Sami Guclu (will u.a. die IMF-Programme im Agrarbereich kritisch evaluieren) (Wirtschaftsprofessor an der Sakarya-Universität)

Gesundheit: Recep Akdag (will die inadäquate Versorgung in staatlichen Spitälern verbessern, aber den bisherigen gratis-Zugang zu Spitälern für ärmere Schichten vermittels ihrer grünen Versicherungskarte einschränken)

Am 20.11. 2002 fand in der dänischen diplomatischen Residenz in Ankara ein Essen mit den 'Granden' der neuen Regierungspartei statt, von dem folgendes verlautete:

Justice and Development Party (AKP) leader Recep Tayyip Erdogan, accompanied by AKP Deputy Chairmen Abdullah Gul, Vecdi Gonul and Yasar Yakis, yesterday met with the European Union member countries' ambassadors in Ankara. During a dinner hosted by the ambassador of Denmark, the current EU term President, Erdogan told the ambassadors that the work done by Turkey up to now towards its EU membership bid would be respected and that shortcomings in the bid would be rectified. He said that Turkey expected to get a date at the EU's Copenhagen summit next month for its membership talks. "Turkey is further along

⁴⁷ Die AFP sagt im Wortlaut : ANKARA, 5 nov (AFP) - Le parti vainqueur aux élections législatives en Turquie a réaffirmé mardi son opposition à une intervention américaine contre l'Irak jugeant que Bagdad se prépare à coopérer avec les Nations-Unies, a rapporté l'Agence Anatolie. "Les Etats-Unis n'ont même pas le soutien de leur propre opinion publique et une telle opération poserait des problèmes de légitimité internationale", a estimé Yasar Yakis, un des vice-présidents du parti islamiste modéré de la Justice et du Développement (AK). Dimanche, un autre haut responsable de ce parti avait déjà affirmé son opposition à une guerre en Irak. Selon M. Yakis, ancien ambassadeur, Bagdad accepte à présent les inspections de l'ONU visant à certifier que l'Irak ne possède pas d'armes de destruction massive et, il est donc à présent, "très difficile pour un pays de dire: 'je viens envahir votre territoire'". "Une telle opération pourrait même causer des ennuis à l'Amérique", a-t-il estimé. La Turquie, un membre de l'Otan et un allié privilégié des Etats-Unis dans la région, abrite actuellement des avions américains chargés de faire respecter la zone d'exclusion aérienne dans le nord de l'Irak. L'utilisation de ses bases à toutes autres fins nécessite toutefois l'autorisation explicite du parlement à Ankara. "Alors qu'il y a tant d'incertitudes, ce n'est pas le moment de donner des garanties sur l'utilisation de nos bases", a ajouté Yasar Yakis. Le gouvernement sortant du Premier ministre Bulent Ecevit est également opposé à une intervention militaire américaine contre l'Irak, estimant qu'une guerre déstabiliserait la région et aggraverait les problèmes économiques de la Turquie. "Une telle opération pourrait même causer des ennuis à l'Amérique", a-t-il estimé. La Turquie, un membre de l'Otan et un allié privilégié des Etats-Unis dans la région, abrite actuellement des avions américains chargés de faire respecter la zone d'exclusion aérienne dans le nord de l'Irak. L'utilisation de ses bases à toutes autres fins nécessite toutefois l'autorisation explicite du parlement à Ankara. "Alors qu'il y a tant d'incertitudes, ce n'est pas le moment de donner des garanties sur l'utilisation de nos bases", a ajouté Yasar Yakis. Le gouvernement sortant du Premier ministre Bulent Ecevit est également opposé à une intervention militaire américaine contre l'Irak, estimant qu'une guerre déstabiliserait la région et aggraverait les problèmes économiques de la Turquie. Les dirigeants de l'AK, qui a remporté une majorité absolue des sièges au parlement aux élections de dimanche, se sont réunis mardi pour élaborer le prochain gouvernement. Leurs délibérations pourraient prendre plusieurs jours.

than the other candidate countries. For this reason, it deserves a date for negotiations," added Erdogan. /Turkiye/(<http://www.turkishpress.com/turkishpress/news.asp?ID=7659>)

Für eine Koalition der humanen Entwicklung und der Menschenrechte auf dem Weg nach Europa

Der überwiegende Teil der in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk erwerbstätigen Arbeiter bezieht weiterhin den „Mindestlohn“, ein ursprünglich nach einem Warenkorb berechneter Betrag für eine Person, der aber in der Praxis das „Familieneinkommen“ darstellt. Seit dem 01.01.2002 beträgt der Netto-Mindestlohn ca. 138,- €(163 Mio. TLMio. TL). Die Entwicklung der Realeinkommen hat bereits im letzten Jahr mit der Inflation nicht Schritt halten können, so dass insbesondere die unteren Bevölkerungsschichten am Rande des Existenzminimums leben. Auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen wandert die ländliche Bevölkerung weiterhin in die Städte und industriellen Zentren ab und erhöht die dortigen sozialen Probleme ebenso wie die Arbeitslosenquote.

Die Integration des Landes in die Strukturen der Europäischen Union wird ein schmerzhafter Prozess werden, der nach Meinung führender türkischer Ökonomen – wie Sübdiey Togan von der Bilkent University in Ankara⁴⁸ – vor allem in folgenden Bereichen in Form von massiven Kosten spürbar werden wird:

- Anpassung an die gemeinsame Agrarpolitik
- Liberalisierung der Dienstleistungen und der Versorgungsbetriebe
- Anpassung an den Acquis, insbesondere im Bereich Soziales und Umwelt

Die Türkei erwartet wiederum Vorteile in folgenden Bereichen

- Abschaffung der Verzerrungen im Preissystem
- Verbesserung der allokativen Effizienz des Ressourcen-Einsatzes
- Aufwertung des Investitionsstandortes Türkei
- EU-Strukturfonds
- langfristige Integration in den gemeinsamen Währungsraum
- Verbesserte Chancen zur Migration in den gemeinsamen Arbeitsmarkt der EU

Folgender Vergleich der wichtigsten sozialpolitischen UN-Kennziffern zeigt den noch bestehenden Entwicklungsabstand zu den Staaten der europäischen Union:

	<i>Türkei</i>
0,742	Humanentwicklung (Realeinkommen + Bildung + Lebenserwartung, reicht von 0 bis 1 – bester Wert)
80,1	% des österreichischen Wertes
6974	Realeinkommen (Kaufkraft in PPP \$)
26,1	% des österreichischen Wertes

⁴⁸ http://www.gdnet.org/tm-frame.html?http://www.bilkent.edu.tr/~togan/Turkey_Paper

0,312	Frauenmachtbeteiligung (relatives Fraueneinkommen + Beteiligung an der parlamentarischen Vertretung + Anteil an den administrativen und ökonomischen Leitungsfunktionen; reicht von 0 bis 1 – bester Wert)
41,9	% des österreichischen Wertes

Mit rund nur 26 % des Niveaus der Kaufkraft in Österreich in Österreich, mit nur 42 % der Erfolge Österreichs auf dem Gebiet der Chancengleichheitspolitik und mit nur 80 % des Niveaus der Humanentwicklung in Österreich ist bis zur EU-Mitgliedschaft der Nachholbedarf auf allen Gebieten der Sozialpolitik groß.

Die tiefste Wurzel des politischen Extremismus und der politischen Instabilität des Landes ist die Unterentwicklung des anatolischen Ostens und Südostens. Die reichste Provinz **Kocaeli** im Westen des Landes unweit Istanbul hat – berechnet nach dem Humanentwicklungsindex (HDI) des UNDP⁴⁹ – ein Entwicklungsniveau von 0.834, das ist fast der gleiche Wert wie der nationale Durchschnitt von **Ungarn, der Slowakei und Polen**. In gewisser Weise hat dort die Erweiterung der EU bereits stattgefunden, und diese Region befindet sich schon auf einem Niveau wie die Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa. Doch die Türkei ist ein Land mit zwei Ländern in sich. Das riesige unterentwickelte Ostanatolien wäre nach dem Beitritt eine Problemzone, die alles in den Schatten stellt, was die EU-Regionalpolitik in Andalusien, im italienischen Mezzogiorno und in Nordwest-Griechenland bislang zu bewältigen hatte. Die ärmste Provinz **Sirnak** an der irakischen Grenze hat ein Entwicklungsniveau von HDI 0.466, das ist der heutige nationale Durchschnitt von **Madagaskar und Nigeria**:

Landkarte: [http://www.un.org.tr/undp/pdf/nhdr/Turkiye'nin %20illeri %20ve %20Bolgeler,Harita %201.pdf](http://www.un.org.tr/undp/pdf/nhdr/Turkiye'nin%20illeri%20ve%20Bolgeler,Harita%201.pdf)

„Es bedarf weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftslage im Südosten, um das Regionalgefälle zu überwinden und allen Bürgern größere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Chancen zu eröffnen.“ (Kommission der Europäischen Union, Fortschrittsbericht vom 13.11.2001, S. 35).

Heute erreicht die Türkei nur das durchschnittliche Humanentwicklungsniveau Portugals, des ärmsten Landes der EU, vor seinem EU-Beitritt. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts hat sich – wie die Daten des Anhangs zeigen – der Entwicklungsabstand gegenüber Portugal, gemessen am Humanentwicklungsindex der Vereinten Nationen, auf 84 % des portugiesischen Niveaus verkürzt. Allerdings hat sich der absolute Unterschied zwischen beiden Staaten – nicht zuletzt aufgrund der positiven Wirkung der EU-Integration auf Portugal – seit dem Beitritt Portugals wieder vergrößert. Bei den meisten übrigen Sozialindikatoren bestehen noch ähnliche oder sozial noch grössere Unterschiede zu Portugal. In den letzten 10 Jahren hat sich das bisherige rasche Entwicklungstempo der Türkei verlangsamt (Graphik 6), 1999 und 2001 schrumpfte die Wirtschaft beträchtlich, und die registrierte Arbeitslosigkeit explodierte auf fast 10 %. Das Budget-Defizit (Neuverschuldung, Maastricht-Kriterien) beträgt horrende 15.75 %, und jedwede Regierung, die die Verantwortung im Staate übernimmt, sieht sich vor einer beinahe unüberwindbaren Aufgabe der Sanierung der Staatsfinanzen. Bei einem der klarsten Indikatoren der absoluten Armut der

⁴⁹ er kombiniert Einkommen, Bildung, und Lebenserwartung und reicht von 0 (schlechtester Wert) bis 1 (bester Wert)

Bevölkerung, i.e. dem Anteil der Menschen, die vor dem 40. Lebensjahr sterben, liegt die Türkei weit abgeschlagen hinter Rumänien, dem ärmsten Beitrittskandidaten in Ostmitteleuropa, und sogar noch hinter den Philippinen, Thailand, und dem Iran. Ähnlich trist ist auch die Bilanz beim Indikator: % der Kinder mit Untergewicht bei der Geburt. Hier liegt die Türkei ebenfalls hinter Rumänien, ebenso gleichauf mit zahlreichen Staaten der „Dritten Welt“.

Die Kurden (türkische Staatsbürger kurdischer Abstammung) bilden in weiten Teilen des Südostens und Ostens die Bevölkerungsmehrheit. Von ihnen kommen Forderungen zur Verbesserungen ihres Status. Die türkischen Regierungen versprechen seit langem, die wirtschaftliche und soziale Lage des „semi-feudal“ strukturierten Südostens⁵⁰ zu verbessern. Die dortigen Probleme haben zu massiver Landflucht der Bevölkerung in die größeren Städte der Region sowie in die westlichen Gebiete der Türkei mit allen sozialen Folgeproblemen geführt.

Die PKK ist militärisch besiegt. Das Militär schätzt – so die einschlägige Länderanalyse des auswärtigen Amtes in Berlin - die Stärke der PKK auf noch 4.000 bis 4.500 Terroristen, davon 90 % im Ausland, v.a. im Nord-Irak. Es hält am Kampf gegen die PKK fest, „bis der letzte Terrorist handlungsunfähig ist“.

Die kurdisch-orientierte Partei HADEP galt weder der Regierung Ecevit noch den übrigen Parteien als verlässlicher Gesprächspartner. Sie ist seit den gleichzeitigen Parlaments- und Kommunalwahlen 1999 die mit Abstand stärkste politische Kraft im Südosten der Türkei. HADEP kam zwar wegen der landesweiten 10 % Hürde nicht ins Parlament, stellt aber sieben Oberbürgermeister im Südosten. Gegen HADEP läuft seit Januar 1999 ein Verbotsverfahren. Ihr werden „organische Verbindungen zur PKK“ sowie Separatismus vorgeworfen. Drei kurdisch-orientierte Parteien hat das Verfassungsgericht bereits im Laufe der Jahre verboten und geschlossen.

„Trotz zahlreicher konstitutioneller, legislativer und administrativer Änderungen ist die konkrete Menschenrechtssituation des Einzelnen in der Türkei verbesserungsbedürftig“ (Kommission der Europäischen Union, Fortschrittsbericht vom 13.11.2001, S. 35). „Die jüngsten Verfassungsänderungen sind ein bedeutender Schritt hin zu einer stärkeren Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie zur Einschränkung der Todesstrafe“ (dort S. 20). „Nun richtet sich die Aufmerksamkeit auf die tatsächliche Umsetzung dieser bedeutenden Änderungen“ (dort S. 34).

Die Türkei hatte in ihrem Nationalen Programm zur Übernahme des Acquis v. 19.3.2001 umfangreiche politische, administrative und juristische Reformen angekündigt.

Die verabschiedeten Gesetze waren von der Bevölkerung stark unterstützt. Denn "Europa" ist in der Türkei zum innenpolitischen Schlachtruf mutiert. "Europa" steht in der Türkei für das Programm der bürgerlichen Mitte: Wirtschaftswachstum, politischer Frieden, Ausgleich mit den Kurden und mit dem Islam - all das wird in einen neuen Republikanismus eingebunden.

Doch auch wenn die entsprechenden Gesetze verabschiedet sind - es wird gewaltige Widerstände geben. Die EU wird diese Kämpfe entscheidend beeinflussen. Hält sie Wort, muss sie auf dem Gipfel den Weg für Beitrittsverhandlungen ebnen. Bricht sie ihr Wort, wird

⁵⁰ unter Anführungszeichen, weil das Osmanische Reich sehr wohl als abhängige Peripherie in das kapitalistische Weltssystem integriert war. Vgl. die jüngsten Forschungsergebnisse hierzu von der State University of New York at Binghamton, dem einschlägigen führenden Forschungszentrum in den USA: <http://history.binghamton.edu/resources/bjoh/article2a.htm>; sowie die beiden brillanten Forschungsartikel <http://hasrizal.tripod.com/article/worldsystemtheory.htm> und <http://csf.colorado.edu/agfrank/braudel.html>

sie – wie das auswärtige Amt in Berlin zu Recht darauf hinweist - Extremisten und radikalen Militärs in die Hände arbeiten.

Europa hat im 20. Jahrhundert leider eine höchst unheilvolle Rolle in der türkischen Geschichte gespielt. Anfang des 21. Jahrhunderts besteht nun die Chance, positiv zu wirken.

Das Verschwinden von Personen und nicht aufgeklärte Todesfälle sind seltener geworden. Jedoch schädigen weiterhin Berichte über Folter durch die Polizei sowie die Einschränkung der Meinungsfreiheit das internationale Ansehen der Türkei. Die Meinungsfreiheit in der Türkei endet weiterhin dort, wo Justiz und Sicherheitskräfte den Staat durch „Reaktion“ oder „Separatismus“ gefährdet sehen. Die maximale Dauer des Polizeigewahrsams (während dessen sich die meisten Folterfälle zu ereignen scheinen) ist durch die Verfassungsreform auf bis zu vier Tage verkürzt worden, jedoch kann sie in zwei südöstlichen Provinzen, die noch unter Notstands-Rechts stehen, verlängert werden. Die Religionsfreiheit wird nur teilweise gewährt: Einschränkungen bestehen für Alewiten⁵¹ sowie für griechisch-orthodoxe und syrisch-orthodoxe Christen insbesondere bei der Ausbildung eigenen Nachwuchses für geistliche Berufe⁵².

Die Türkei hat im August 2000 die beiden UNO-Pakten über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet (Ratifizierung steht noch aus). Der Europäischen Menschenrechtskonvention ist die Türkei bereits 1954 beigetreten, nicht jedoch dem Sechsten Zusatzprotokoll zur Abschaffung der Todesstrafe. Seit 1987 ist die Türkei Vertragspartei der Anti-Folterkonvention des Europarates.

⁵¹ http://www.das-parlament.de/2002/03_4/Thema/022.html. Interessant wird die künftige Position der neuen Regierung gegenüber den **12 Millionen Alewiten** (von 65.6 Millionen Einwohnern) des Landes. Eine dem Alewismus gewidmete Webseite ist: <http://www.alevism.net/alevism.html>. Weitere religiöse Minderheiten sind die 50.000 Armenier (Orthodoxe), 25.000 Juden und 3.000 bis 5.000 Griechisch Orthodoxe. Diese Minderheiten sind nach dem Vertrag von Lausanne 1923 vom türkischen Staat anerkannt. Daneben gibt es nach US-Außenamt ca. 10.000 Baha'is, 15.000 syrisch-orthodoxe Christen, 3.000 Protestanten und bulgarisch-orthodoxe, chaldäische, nestorianische, georgische und maronitische Christen. Der alewitische Glaube ist um das "Cem-Haus" zentriert. Während die Gläubigen in einer Moschee ihre Gebete in Richtung Mekka sprechen, sind die Reihen eines "Cem-Hauses" kreisförmig angeordnet. Die Sunniten beten nach Mekka, die Alewiten schauen sich beim Beten gegenseitig an. Im Alewitentum steht der Mensch im Zentrum des Glaubens. Er/Sie ist laut alawitischer Selbstdarstellung kein „Sklave Gottes“, sondern mündig und eigenverantwortlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Ein Beitritt in die EU ist für viele Alewiten kaum vorstellbar, so lange die Armee immer wieder in das politische Geschehen eingreift, um die vom Volk gewählte, aber als verfassungsfeindlich betrachteten islamistischen Parteien und Parteiführer abzusetzen. Ein schlimmes Pogrom gegen die Alewiten wurde am 22. Dezember 1978 in Kahramanmaras in der Osttürkei verbrochen; damals starben über 100 Alewiten. Im Juli 1993 kam es Sivas in der zentral-östlichen Türkei zu einem weiteren anti-alawitischen Pogrom. Es hatten sich wie jedes Jahr zahlreiche Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und andere Angehörige der religiösen Minderheit zu einer Kulturwoche getroffen, um das Andenken des großen alewitischen Dichters Pir Sultan Abdal (er starb vermutlich 1590) zu ehren. Als die von militanten Islamisten angeführten Sunniten nach dem Freitagsgebet auf die Minderheit losgingen, flüchtete diese sich zunächst in ein Hotel. Es ging in Flammen auf. 33 Menschen, darunter bedeutende türkische Künstler, starben. Die Sicherheitskräfte hätten die Katastrophe vielleicht verhindern können. Aber sie griffen zu spät ein. Ähnliches geschah zwei Jahre später in Istanbul. In einem hauptsächlich von Alewiten bewohnten Stadtviertel überfielen unbekannte Täter am 12. März 1995 mehrere Teehäuser. Dabei starben zwei Menschen, nach Zusammenstößen mit der Polizei 23 weitere. Eine aufgebrachte Menschenmenge hatte sich tags darauf versammelt, um gegen die Verfolgung der Minderheit zu protestieren. Die Polizei löste den Demonstrationszug gewaltsam auf. Zu weiteren Aspekten vgl. die Dokumentation *Das Parlament*, 03/04/2002

⁵² Zur teils leider kritischen Situation der aramäisch sprechenden syrisch-orthodoxen Christen im Südosten: <http://www.igfm.de/mr/mr1998/mr980210.htm>

Nicht nur das Auswärtige Amt in Berlin und die Kommission in Brüssel, sondern auch das amerikanische Außenamt äußert in rezenten Berichten zur Situation in der Türkei noch immer schwere Anschuldigungen in Richtung Menschenrechte im Beitrittskandidaten-Staat. Die zusammenfassende Beurteilung⁵³ lautet:

The Government generally respected its citizens' human rights in a number of areas; however, its record was poor in some areas, and several serious problems remained.

Um dann wenig später fortzufahren:

Extrajudicial killings continued, including deaths due to excessive use of force and torture. There were two disappearances of political activists. Torture, beatings, and other abuses by security forces remained widespread, although the number of reported cases declined. There were reports that police and Jandarma often employed torture and abused detainees during incommunicado detention and interrogation. In the southeast, nation-wide problems such as torture were exacerbated by substantially abridged freedoms of expression and association.

Kaum mit den Kopenhagen-Kriterien vereinbar sind auch folgende Zustände:

The lack of universal and immediate access to an attorney, long detention periods for those held for political crimes (particularly in the state of emergency region), and a culture of impunity are major factors in the commission of torture by police and other security forces. The rarity of convictions and the light sentences imposed on police and other security officials for killings and torture continued to foster a climate of impunity. Prison conditions remained poor, despite some improvements. As a result of the continuing hunger strikes to protest new small-cell prisons, 48 prisoners and sympathy strikers outside prison died during the year. In December 2000, Parliament passed the "Law on Probation of Sentences and Deferment of Judgements" (Conditional Suspension of Sentences Law) which granted the conditional release at that time to thousands of prison inmates and suspended the trials of hundreds of others. Police and Jandarma continued to use arbitrary arrest and detention, although the number of such incidents declined. Prolonged pretrial detention and lengthy trials continued to be problems. Even when a decision was reached, the appeals process could reverse the decision and bring cases back to lower courts. Prosecutions brought by the Government in State Security Courts (SSC's) reflected a legal structure that protects state interests over individual rights. The Government infringed on citizens' privacy rights.

Entgegen den Erwartungen der Türkei wurde dieser in Brüssel im Herbst 2002 bekanntlich noch kein Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen genannt. Die deutlichen Fortschritte der Türkei bei der Erfüllung der politischen Kopenhagen-Kriterien wurden jedoch ausdrücklich gewürdigt. Der Allgemeine Rat (RAA) wurde beauftragt⁵⁴, für den Europäischen Rat Kopenhagen Elemente für eine Entscheidung über die nächste Stufe der Kandidatur der Türkei vorzubereiten. Das US-Außenamt hingegen stellt fest:

Limits on freedom of speech and of the press remained a serious problem. Authorities banned or confiscated numerous publications and raided newspaper offices, which encouraged continued self-censorship by some journalists. At times the Government restricted freedom of assembly and association. The police beat, abused, detained, and harassed some demonstrators. The Government continued to impose some restrictions on religious minorities

⁵³ <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2001/eur/8358.htm>

⁵⁴ http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/aktuelles/e_raete/bruessel_html#3

and on some forms of religious expression. At times the Government restricted freedom of movement. The Government permitted thousands of forcibly displaced persons to return to their villages in the southeast and initiated some resettlement efforts; some villagers returned by themselves. The Government restricted the activities of some political parties and leaders. The Government continued to harass the pro-Kurdish People's Democracy Party, HADEP, through various methods including police raids and detentions. The Government continued to harass, indict, and imprison human rights monitors, journalists, and lawyers for ideas that were expressed in public forums. Branches of several nongovernmental organizations (NGO's) were closed, temporarily or indefinitely, particularly in the southeast. The Government exerted disproportionate pressure on ethnic Kurdish NGO's in the southeast. Human Rights Association (HRA) offices in Malatya and Gaziantep were closed throughout the year, but Mazlum-DER's Malatya branch reopened in August after being closed for 2 years.

Wie noch weiter auszuführen sein wird, bestehen auch sehr ernst zu nehmende Defizite im Bereich Chancengleichheitspolitik, sowie Implementierung der Menschenrechte, wobei allerdings auch die massive Herausforderung des Staates durch den gewaltbereiten Terrorismus nicht übersehen werden darf.

Violence against women, particularly spousal abuse, remained a serious problem, and discrimination against women persisted. Abuse of children remained a serious problem. Restrictions on and discrimination against ethnic minorities persisted, particularly for the Kurdish minority. There were restrictions on workers' rights to associate, strike and bargain collectively. Child labor remained a serious problem. Trafficking in persons, particularly women and girls, remained a problem.

In October (i.e. 2001) Parliament passed an extensive constitutional reform package that aims to improve human rights. The 34-article amendment package received a significant majority of the votes, including both Government and opposition parties. The reforms, which must be implemented through legislation, potentially apply to areas such as free speech, free assembly, free association, the role of the military, privacy, detention periods, equality of spouses, and constitutional challenges to more than 800 laws; however, most implementing legislation had not been enacted by year's end. In December the Justice Minister issued a circular to all prosecutors instructing them to act in accordance with the new amendments pending implementation.

PKK abuses, including kidnappings and bombings, which were common during its violent campaign against the Government and civilians, have decreased significantly. Thousands of heavily armed, militarily organized PKK members remain encamped in neighboring countries close to the country's borders. Although the climate of violence engendered by the PKK insurgency has declined, other terrorist organizations, most notably DHKP-C and Turkish Hizbullah, engaged in violence.

Als besonders gravierend müssen Praktiken eingestuft werden, nach denen Ärzte, die Folterungen zur Anzeige bringen, mit Sanktionen zu rechnen haben:

The Government took actions against doctors who have attempted to report torture. Dr. Sebnem Korur Fincanci, who had reported and certified the death by torture of a man while in detention, lost her position in February at the Government's Forensic Medicine Institute. She has appealed her dismissal but had not received a response by year's end. She also faced a case in a felony court for "insulting the security forces"; an investigation against her by her employer, Istanbul University, continued and was based on unspecified complaints by the

SSC. Dr. Fincanci brought a lawsuit against the Governor of Istanbul in 2000 for trying to get her fired from the University by writing a letter against her. The case was dismissed and she appealed to the High Administrative Court which upheld her appeal. According to Dr. Fincanci's attorneys, the Governor then requested a "Correction of Decision," which is the final stage of the courts process. After the Governor's request, all members of that chamber of the Court, except the Chairman, changed; the Court subsequently ruled in favor of the Governor.

Der weitere Weg der Türkei nach Europa

Egal, ob in der Zypernfrage, bei der Verbesserung der Menschenrechte, bei der Etablierung des sozialen Dialogs – die Türkei – und das heißt vor allem – die türkische Zivilgesellschaft – kann von einer Perspektive der Mitgliedschaft des Landes in der Union nur profitieren. Der Autor dieser Zeilen geht von der Prognose aus, dass die meisten Reformmaßnahmen unter der gegenwärtigen Regierung leichter zu bewerkstelligen sein werden als unter Parteien, die dem Erbe des Kemalismus verpflichtet waren. Der Kemalismus als Ideologie der nachholenden Entwicklung – Laizismus und ein starker Staat - in einem armen Land des Orients hat im 20. Jahrhundert die Türkei geprägt; das 21. Jahrhundert wird aber Demokratie, Menschenrechte, Humanentwicklung, Minderheitenrechte ebenso verlangen wie mehr Markt und weniger Staat. Die grundsätzliche Frage des Kemalismus – die nationale Würde und Einheit zu wahren in einer Zeit der weltpolitischen und weltökonomischen Katastrophen 1914 – 1945 teilt der Kemalismus mit den demokratischen und autoritären Reformbewegungen in der Zeit der „Great Transformation“⁵⁵ in der Welt. Sein Lebenszyklus war länger als der anderer, derartiger Reformbewegungen.

Mit dem Aufstieg einer religiös-demokratischen, islamischen Bewegung besteht für die Türkei und für Europa eine auf den ersten Blick paradoxe Chance. Die Reformen, die nun anstehen, können endgültig jene Blockaden aus dem Weg räumen, die gegen die volle Demokratisierung der Türkei noch bestehen. Die islamischen Demokraten werden weniger Probleme z.B. mit den Minderheitenrechten haben als etwa die Kemalisten⁵⁶, weil für sie

⁵⁵ vgl. Karl Polanyi „The Great Transformation“ Boston, Beacon Press, 1957

⁵⁶ Letztlich ist eine Konfrontation zwischen Kemalismus und Islamismus in der einen oder anderen Form dennoch unausweichlich. Es ist nur zu hoffen, dass diese Konfrontation in friedlichen Bahnen verläuft. Einerseits schützt das türkische Recht in der Präambel der Verfassung und in mehreren anderen Bestimmungen das Erbe Atatürks in eindeutigster Weise. Eine glaubwürdige Biographie, erschienen im renommierten Rowohlt-Verlag, belegt ein Zitat Atatürks über den Islam, das für jeden humanistisch orientierten Menschen – egal welcher Religion oder Weltanschauung – nur als erschütternd, dialogfeindlich und abstoßend empfunden werden kann: ***"Der Islam, diese absurde Gotteslehre eines unmoralischen Beduinen, ist ein verwesender Kadaver, der unser Leben vergiftet."*** (zitiert aus Rill, B. S. 80; vgl. auch die türkische Webseite in der BRD: <http://www.mesken.de/wtuerk02.htm>). In der Gründungsurkunde der türkische Republik wurde der Islam als Staatsreligion noch erwähnt. Die Abschaffung des Kalifats löste schon unter den zahlreichen islamistischen Mitkämpfern in den Befreiungskriegen großen Unmut aus, daher wurde erst 1926 "islamischer" vor dem Staat aus der Verfassung gestrichen. Mit diesem Schritt ist die Türkei auch offiziell kein islamischer Staat mehr. 1926 wurde zum großen Reformjahr, denn neben einer Kalenderreform wurde die europäische Gesetzgebung durch Atatürk eingeführt. Dabei wurden das Schweizer Bürgerliche Gesetzbuch, das italienische Strafrecht und das deutsche Handelsrecht leicht umgewandelt eingeführt. Bei dieser sehr schnellen Einführung gab es zahlreiche Übersetzungsfehler und nur leichte Anpassungen, trotzdem hielt sich der Widerstand gegen die neuen Regelungen in Grenzen. Die, die Widerstand leisteten, mussten hohe Haftstrafen verbüßen. Im gleichen Jahr noch wurden das Frauenstimmrecht und die Eihe in das Familiengesetzbuch integriert. Die ersten Ansätze unter den Jungtürken wurden unter Atatürk konsequent umgesetzt. Die Gleichbehandlung vor Gericht und vom Staat aller Bürger eines Landes ohne Ansicht der Person als Merkmal eines westlichen Staates wurde damit

nicht der starke Staat, sondern letztlich die Glaubensgemeinschaft *Umma* entscheidend ist. Eine erfolgreiche demokratisch-islamische Bewegung könnte auch zu einem Ausgleich zwischen Europa und den übrigen, demokratischen Staaten der Region beitragen. Die neue türkische Außenpolitik wird sich an Europa und den demokratischen islamischen Nachbarstaaten, und nicht mehr sosehr am Dreieck USA – TRK – Israel orientieren.

Kurzfristige Verlierer dieses *set-ups* werden sicherlich folgende Gruppierungen sein – wie konservative Militärs und die außenpolitisch-geostrategischen Interessen der USA – die vom bisherigen Modell machtpolitisch profitierten.

Der Weg der Türkei in die EU wird noch Jahre dauern, aber mit Realismus ist ein Beitritt noch am Ende dieses Jahrzehnts zu erwarten. Darauf sollte sich auch die österreichische Politik einstellen, und diese Chance wahren. Wohlgedenkt – eine Chance, nicht eine Bedrohung.

Für die islamischen Demokraten des Landes ergeben sich durch die Integration in die EU zahlreiche Paradoxa: die Integration in die EU schützt sie vor einer Machtübernahme der Militärs, die die Türkei in ein riesiges Algerien hätte verwandeln können. Gerade sie sind auf Gedeih und Verderb dem Projekt der europäischen Integration ausgeliefert, und sie beginnen, einen Tango mit Brüssel zu tanzen. Das säkularisierte Europa duldet Kopftücher Studierender an den Universitäten offensichtlich leichter als der laizistische Staat. Die neue türkische Regierung in ihrer Regierungserklärung hat zwar sehr fein und nuancenreich aber umso deutlicher dargelegt, dass sie der Zivilgesellschaft, und nicht einem starken halbautoritären Staat verpflichtet ist. Der Herausforderung der Terrors und des Separatismus begegnet die neue Regierung mit der Aussage, wonach erst durch Menschenrechte und die Treue der Verwaltung zum Gesetz sozialer Friede und Einheit geschaffen wird. Unser Staat, so sagte der neue Premier, ist bislang ein Staat der Gesetze gewesen, und nicht ein Rechtsstaat. Die geltende Verfassung wird das erste Opfer der Reformen sein; und Kopenhagen ist nun das Argument der Islamisten, um dem semi-autoritären Kemalismus endgültig zu Grabe zu tragen. Langsam beginnt die Melodie des Tangos, und die Tänzer bewegen sich bereits.

ebenfalls 1926 eingeführt. Mustafa Kemal ging sogar über diese rechtliche Änderungen hinaus und versuchte, alles Osmanische zu verhindern (vgl. Bernd Rill, *Kemal Atatürk: mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten* / dargestellt von Bernd Rill. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1985, S. 84 ff.). So wurde noch in den Zwanzigern der Fes, der typische Osmanenhut, verboten. Die größte Leistung ist wahrscheinlich die Einführung des lateinischen Alphabets. Um der geliebten europäischen Kultur näher zu kommen, fuhr er jahrelang durch das Land, um die Fortschritte bei der Umstellung auf das lateinische Alphabet zu beobachten und zu unterstützen. Das Arabische, die Sprache des Korans, sollte nicht weiter die Sprache der Türken sein. Das passive Wahlrecht für Frauen und die Einführung der Familiennamen 1934 rundeten die Reformen des Atatürk ab.

Anhang

Tabelle 1: Die Wahlen vom 3. November 2002 lt. Governments on the Web

Volksvertretung Türkiye Büyük Millet Meclisi: Wahlen vom 3. November 2002 (Wahlbeteiligung 78.9 %)		%	550
Adalet ve Kalkınma Partisi (Justice and Development Party islamisch-demokratisch)	AKP	34.3	363
Cumhuriyet Halk Partisi (Republican People's Party, sozialdemokratisch)	CHP	19.4	178
Doğru Yol Partisi (True Path Party, konservativ)	DYP	9.6	-
Milliyetçi Hareket Partisi (Nationalist Movement Party, nationalistisch)	MHP	8.3	-
http://www.gp.org.tr/ Genç Partisi (Youth Party, populistisch)	GP	7.2	-
Demokratik Halk Partisi (Democratic People's Party) Allianz, basierend auf der Halkın Demokratik Partisi (Democratic People's Party, kurdische Minderheit)	Dehap	6.2	-
Anavatan Partisi (Motherland Party, konservativ)	AnaP	5.1	-
http://www.sp.org.tr/ Saadet Partisi (Felicity Party, islamistisch)	SP	2.5	-
Demokratik Sol Partisi (Democratic Left Party, sozial-demokratisch)	DSP	1.2	-
Yeni Türkiye Partisi (New Turkey Party, zentristisch)	YTP	1.0	-
Büyük Birlik Partisi (Grand Unity Party)	BBP	1.1	-
Non-partisans		.	

<http://www.gksoft.com/govt/en/>

Tabelle 2: Die Wahlen vom 18. April 1999

Volksvertretung (Einkammer) Türkiye Büyük Millet Meclisi: 18. April 1999 (87.1 % Wahlbeteiligung)		%	550
Demokratik Sol Partisi (Democratic Left Party, sozialdemokratisch)	DSP	22.3	136
Milliyetçi Hareket Partisi (Nationalist Movement Party, nationalistisch)	MHP	18.1	129
Fazilet Partisi (Virtue Party, gemässigt islamistisch)	FP	15.5	111
Anavatan Partisi (Motherland Party, konservativ)	AnaP	13.3	86
Doğru Yol Partisi (True Path Party, konservativ)	DYP	12.1	85
Cumhuriyet Halk Partisi (Republican People's Party, sozialdemokratisch)	CHP	8.9	-
Halkçı Demokratik Partisi (Democratic People's Party, kurdische Minderheit)	Hadep	4.7	-
Büyük Birlik Partisi (Grand Unity Party)	BBP	1.5	-

Non-partisans		.	3
----------------------	--	---	----------

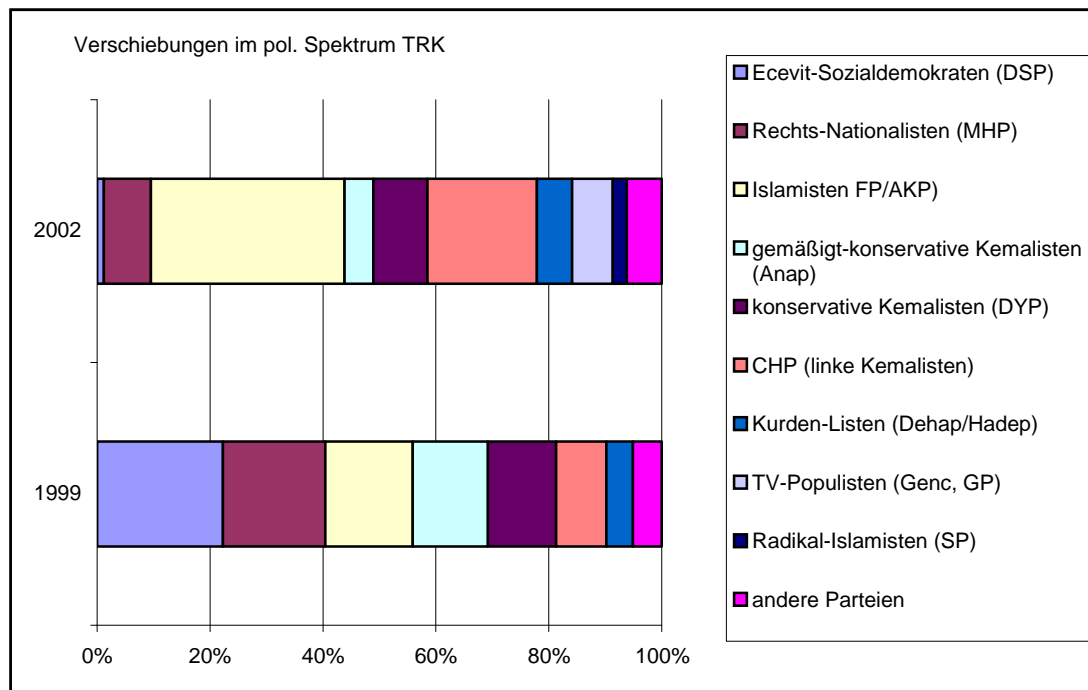
Tabelle 3 Verschiebungen im Parteienspektrum 1999 – 2002

	1999	2002
Ecevit-Sozialdemokraten (DSP)	22,3	1,2
Rechts-Nationalisten (MHP)	18,1	8,3
Islamisten FP/AKP)	15,5	34,3
gemäßigt-konservative Kemalisten (Anap)	13,3	5,1
konservative Kemalisten (DYP)	12,1	9,6
CHP (linke Kemalisten)	8,9	19,4
Kurden-Listen (Dehap/Hadep)	4,7	6,2
TV-Populisten (Genc, GP)	0	7,2
Radikal-Islamisten (SP)	0	2,5
andere Parteien	5,1	6,2

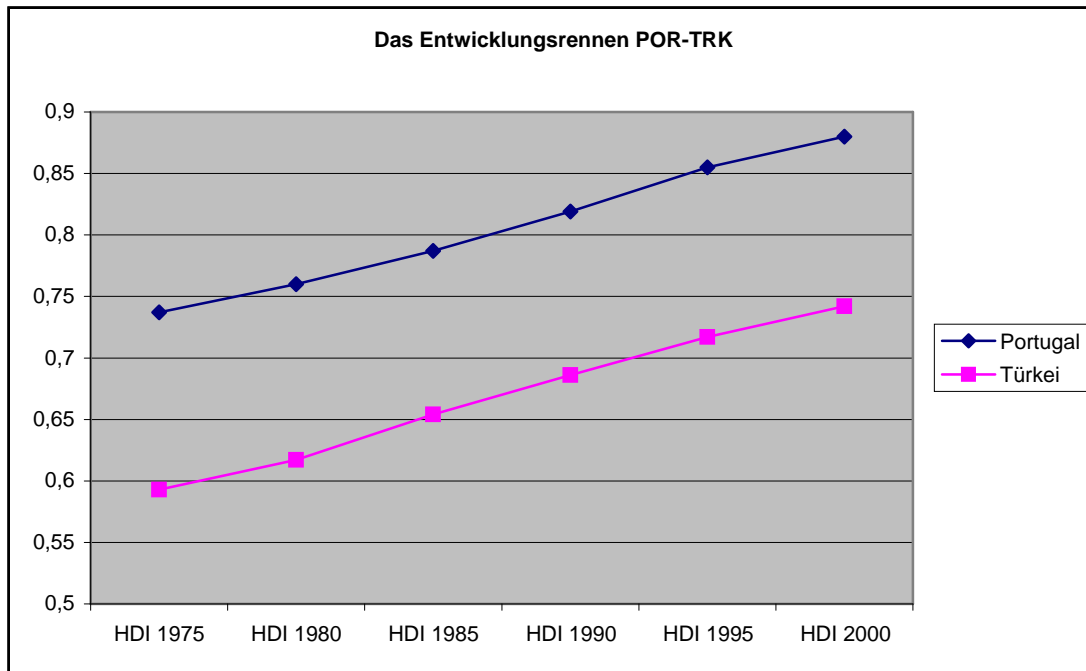
Quelle: eigene Berechnungen aus den beiden obigen Tabellen

Graphik 1 Das neue Parteiensystem des Jahres 2002

Quelle: eigene Berechnungen aus den beiden obigen Tabellen



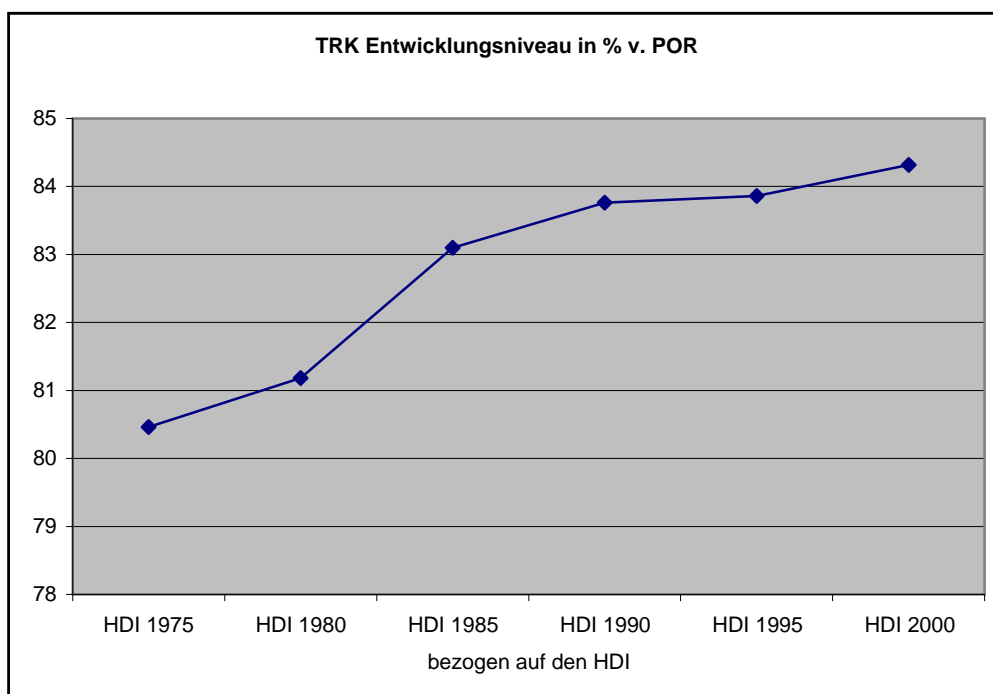
Graphik 2: Der Entwicklungsabstand der Türkei zum ärmsten EU-Land Portugal



Humanentwicklungsindex des UNDP: Er kombiniert – wie bereits erwähnt - Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung und reicht von 0 (schlechtester Wert) bis 1 (besten Wert). Eigene Berechnungen aus

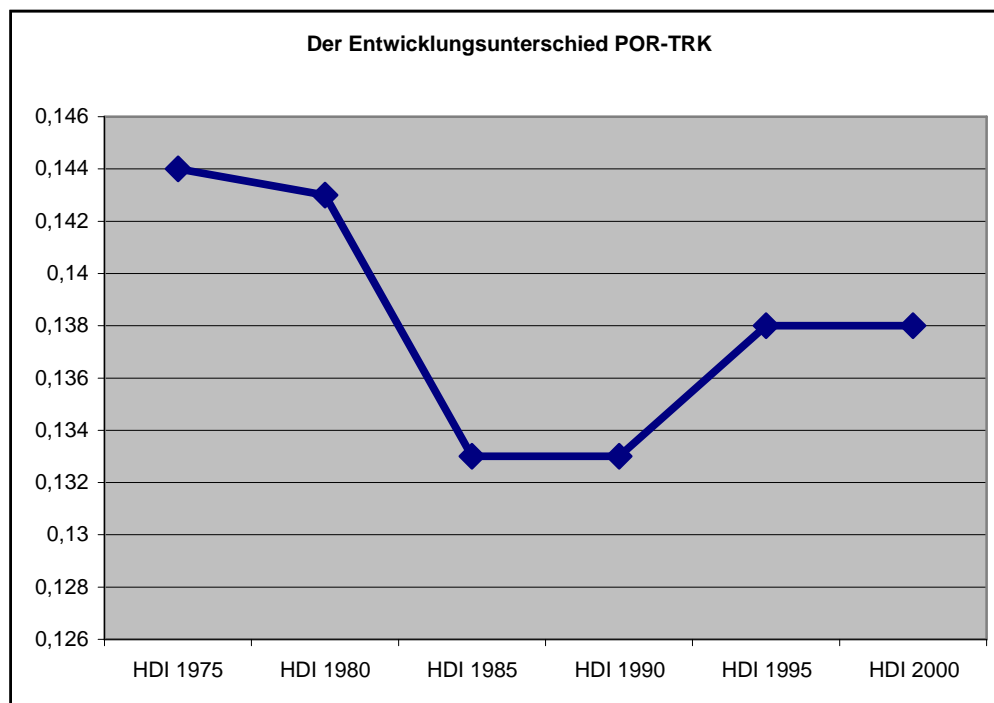
<http://hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html>

Graphik 3: Das Entwicklungsniveau der Türkei in % des Niveaus von Portugal



Humanentwicklungsindex des UNDP. Eigene Berechnungen aus <http://hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html>

Graphik 4: Seit der EU-Integration Portugals am 1. 1. 1986 hat sich der absolute Entwicklungsabstand der Türkei gegenüber Portugal leider nicht mehr verringert.



Humanentwicklungsindex des UNDP: Eigene Berechnungen aus <http://hdr.undp.org/reports/global/2002/en/indicator/indicator.cfm?File=index.html>

Tabelle 4: Der Entwicklungsabstand Türkei – Portugal nach anderen UNDP-Indikatoren

	Portugal	Turkey	Portugal = 100
Adult illiteracy rate (% age 15 and above), 2000	7,8	14,9	191
Average annual unemployment rate (% of labour force), 1990-2000	5,5	7,4	134,5
Births attended by skilled health staff (%), 1995-2000	100	81	81
Female adult literacy rate (% age 15 and above), 2000	89,9	76,5	85,1
Female economic activity rate (% age 15 and above), 2000	51,2	49,9	97,5
Female life expectancy at birth (years), 2000	79,2	72,4	91,4
Female long-term unemployment (as % of total unemployment), 2000	40	28,5	71,3
GDP per capita (PPP\$), 2000	17290	6974	40,3
GDP per capita annual growth rate (%), 1975-2000	2,9	2,1	72,4
Gender empowerment measure (GEM) value, 2000	0,638	0,312	48,9
Health expenditure per capita (PPP US\$), 1998	859	153	17,8
High technology exports (as % of manufactured exports), 1990	4	1	25

Human development index (HDI) value, 2000	0,88	0,742	84,3
Infant mortality rate (per 1,000 live births), 1970	53	150	283
Infant mortality rate (per 1,000 live births), 2000	6	38	633,3
Infants with low birth-weight (%), 1995-2000	7	15	214,3
Military expenditure (as % of GDP), 2000	2,1	4,9	233,3
Net foreign direct investment inflows (as % of GDP), 2000	5,9	0,5	8,5
Probability at birth of not surviving to age 40 (% of cohort), 1995-2000	4,5	9,6	213,3
Probability at birth of not surviving to age 60 (% of cohort), 1995-2000	13,1	20,1	153,4
Total armed forces (thousands), 2000	45	610	1355,6
Tuberculosis cases (per 100,000 people), 1999	47	34	72,3
Unemployment rate (% of labour force), 2000	4	6,4	160

Graphik 6: Die Zyklen der Entwicklung in der Türkei ab 1965

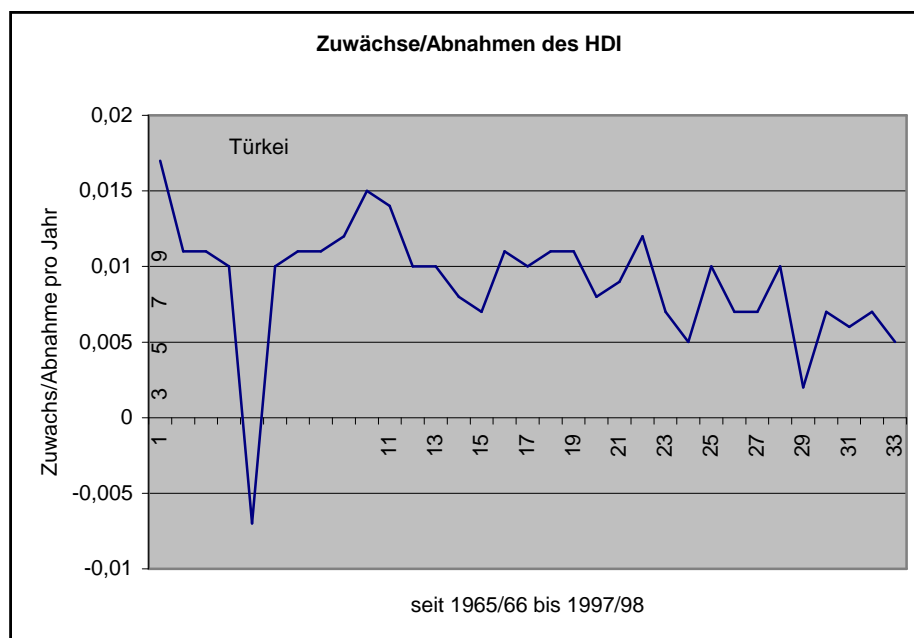


Tabelle 5: Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren 2001 nach „Economist“

Reales Wachstum des BIP (%)	-7.4
Inflation (%; Durchschnitt)	54.4
Inflation (%; per Jahresende)	68.5
Leistungsbilanz in % des BIP	2.3(a)
Auslandsschulden (US\$ bn)	115.1
Wechselkurs (av; TL:US\$)	1,225,587

Einwohnerzahl (m)	67.4
-------------------	------

Tabelle 6: Weitere Kennziffern

	1998	1999	2000	2001
Kaufkraft (\$ at PPP)	6,541	6,337	6,868	6,420
BIP-Wachstum (% real change pa)	3.09	-4.71	7.36	-7.39
Regierungskonsum (% of GDP)	12.70	15.18	14.08	14.15
Budget, Maastricht-Kriterien (% of GDP)	-8.40	-13.02	-10.64	-15.75
Durchschnittsinflation (% change pa; av)	84.64	64.87	54.92	54.40
Kumulierte öffentliche Verschuldung per BIP (Maastricht) (% of GDP)	41.42	53.55	49.94	54.20
Arbeitskosten pro Stunde (USD)	1.51	1.51	1.55	1.22
AL-Rate (%)	6.80	7.65	6.60	8.53
Leistungsbilanz per BIP in %	0.99	-0.74	-4.93	2.29
Währungsreserven (m\$)	19,489	23,346	22,488	18,879

Tabelle 7: UNDP-Statistik Tod mit Alter 40

Sweden	1,9
Hong Kong, China (SAR)	2
Japan	2,1
Netherlands	2,2
Israel	2,2
Iceland	2,3
Singapore	2,3
United Kingdom	2,6
Austria	2,6
Germany	2,6
Malta	2,6
Canada	2,7
Ireland	2,7
Italy	2,7
Finland	2,8
Belgium	2,9
Denmark	2,9
Greece	2,9
Australia	3
Switzerland	3
Barbados	3
Czech Republic	3
Kuwait	3

Cyprus	3,1
Brunei Darussalam	3,2
France	3,3
New Zealand	3,4
Spain	3,4
Luxembourg	3,5
Slovenia	3,5
Slovakia	3,8
United States	3,9
Korea, Rep, of	4
Costa Rica	4
Trinidad and Tobago	4,1
Macedonia, TFYR	4,1
Poland	4,3
Croatia	4,3
Cuba	4,4
Armenia	4,4
Portugal	4,5
Chile	4,5
Hungary	4,6
Bahrain	4,7
Qatar	4,8
Malaysia	5
Lebanon	5
Uruguay	5,1
Bulgaria	5,2
Saint Lucia	5,3
United Arab Emirates	5,4
Mauritius	5,4
Jamaica	5,4
Argentina	5,6
Sri Lanka	5,8
Georgia	5,9
Albania	6,2
Lithuania	6,3
Fiji	6,3
Estonia	6,4
Panama	6,4
Libyan Arab Jamahiriya	6,4
Saudi Arabia	6,4
Venezuela	6,5
Romania	6,7
Belize	6,8
Oman	6,8
Syrian Arab Republic	6,9
Belarus	7,2

Suriname	7,4
Latvia	7,6
Ukraine	7,8
Tunisia	7,8
Samoa (Western)	7,8
Azerbaijan	7,9
China	7,9
Jordan	7,9
Moldova, Rep, of	8,1
Solomon Islands	8,2
Mexico	8,3
Vanuatu	8,6
Paraguay	8,7
Philippines	8,9
Thailand	9
Iran, Islamic Rep, of	9,3
Turkey	9,6
Colombia	10,1
Uzbekistan	10,2
Russian Federation	10,3
Egypt	10,3
Cape Verde	10,4
Algeria	10,5
El Salvador	10,9
Ecuador	11,1
Kyrgyzstan	11,2
Brazil	11,3
Nicaragua	11,5
Peru	11,6
Bahamas	11,8
Morocco	11,8
Dominican Republic	11,9
Maldives	12,5
Tajikistan	12,5
Turkmenistan	12,6
Viet Nam	12,8
Indonesia	12,8
Kazakhstan	13
Mongolia	15
Guyana	15,4
Guatemala	15,6
Honduras	16
India	16,7
Bolivia	18,4
Yemen	20
Pakistan	20,1

Bhutan	20,2
Comoros	20,6
Bangladesh	21,4
Papua New Guinea	21,6
Nepal	22,5
South Africa	24,4
Cambodia	24,4
Myanmar	26
Ghana	27
Sudan	27,3
Senegal	28,5
Benin	29,7
Lao People's Dem, Rep,	30,5
Haiti	31,6
Madagascar	31,6
Eritrea	31,7
Gabon	32
Mauritania	33,1
Tanzania, U, Rep, of	33,3
Equatorial Guinea	33,7
Nigeria	33,7
Togo	34,1
Kenya	34,6
Congo, Dem, Rep, of the	34,7
Congo	34,8
Lesotho	35,4
Cameroon	36,2
Swaziland	36,3
Guinea	38,3
Mali	38,5
Côte d'Ivoire	40,2
Gambia	40,5
Chad	41
Niger	41,4
Angola	41,6
Guinea-Bissau	42,2
Djibouti	42,3
Burkina Faso	43
Ethiopia	43,6
Central African Republic	45,3
Namibia	46,7
Uganda	48,4
Mozambique	49,2
Botswana	49,5
Burundi	50,1
Malawi	50,4

Zimbabwe	51,6
Sierra Leone	51,6
Rwanda	51,9
Zambia	53,6

Tabelle 8: Armut in der Türkei - UNDP Kinder mit Untergewicht bei der Geburt in % aller Lebendgeburten

United States	1
Czech Republic	1
Chile	1
Croatia	1
Hungary	2
Russian Federation	3
Lebanon	3
Armenia	3
Ukraine	3
Georgia	3
Moldova, Rep, of	3
Cuba	4
Kazakhstan	4
Jamaica	4
Tunisia	4
Barbados	5
Uruguay	5
Costa Rica	5
Dominica	5
Libyan Arab Jamahiriya	5
Venezuela	5
Paraguay	5
Dominican Republic	5
Jordan	5
Seychelles	6
Qatar	6
Belize	6
Romania	6
Macedonia, TFYR	6
Brazil	6
Algeria	6
Trinidad and Tobago	7
Panama	7
Colombia	7
Mexico	8
Fiji	8
Peru	8

Turkey	8
Bahrain	9
Morocco	9
Kuwait	10
Antigua and Barbuda	10
China	10
Bolivia	10
Swaziland	10
Iran, Islamic Rep, of	11
Kyrgyzstan	11
Guyana	12
El Salvador	12
Egypt	12
Nicaragua	12
Syrian Arab Republic	13
Mongolia	13
Botswana	13
Zimbabwe	13
Singapore	14
United Arab Emirates	14
Saint Lucia	14
Saudi Arabia	14
Albania	14
Cape Verde	14
Congo	14
Ecuador	15
Mauritius	16
Sao Tome and Principe	16
Lesotho	16
Azerbaijan	17
Sudan	17
Gambia	17
Malaysia	18
Djibouti	18
Senegal	18
Thailand	19
Uzbekistan	19
Bhutan	19
Vanuatu	20
Solomon Islands	21
Cameroon	21
Côte d'Ivoire	21
Kenya	23
Mauritania	23
Guinea	23
Guinea-Bissau	23

Oman	24
Guatemala	24
Central African Republic	24
Honduras	25
Ghana	25
Comoros	25
Togo	25
Zambia	25
Malawi	25
Indonesia	26
Namibia	26
Uganda	26
Mozambique	26
Nigeria	27
Sierra Leone	27
Philippines	28
Haiti	28
Chad	28
Tanzania, U, Rep, of	29
Benin	29
Rwanda	29
Sri Lanka	33
Viet Nam	33
Madagascar	33
Congo, Dem, Rep, of the	34
Burkina Faso	34
Papua New Guinea	35
Myanmar	36
Pakistan	38
Lao People's Dem, Rep,	40
Niger	40
Maldives	43
Mali	43
Eritrea	44
Burundi	45
Cambodia	46
Yemen	46
India	47
Nepal	47
Ethiopia	47
Bangladesh	48

Weitere statistische Dokumentation, Pressedokumentation Türkei

Presseausschnitt 1: Stimmen gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der EU

17May2002 GERMANY: EUROPE - Stoiber warns against continual EU enlargement.
By ANTON NOTZ and QUENTIN PEEL.

Edmund Stoiber, the conservative challenger to become German chancellor, yesterday warned of the danger of excessive enlargement of the European Union, and spelt out his strong opposition to Turkey becoming a full member.

In a blunt speech at the German embassy in London, Mr Stoiber warned that the cohesion of the union would be endangered by continual enlargement.

"I believe that there must be geographical borders for the EU," he told an audience of leading politicians, diplomats and business people. "We are of the opinion that Turkey is an important partner in Nato, and should have particularly friendly relations with Germany. But that does not mean it must be a member of the EU."

"Europe cannot end on the Turkish-Iraqi border," he added, in the most forthright criticism of Turkish membership to be made by a European political leader since Turkey was formally declared a candidate for EU membership in December, 1999.

He said that if Turkey joined the EU, there would be calls for Morocco and Tunisia to become members as well. "Whoever wants that endangers the cohesion of Europe," he said.

Mr Stoiber, who is prime minister of the state of Bavaria and leader of the Christian Social Union, is front runner to defeat Gerhard Schroder, the Social Democrat chancellor, in Germany's September general election. His conservative alliance with the Christian Democrats has a 10-point lead in the polls.

Although he has long been seen as relatively Euro-sceptic in Germany, he said that a more closely integrated EU was the only answer to the challenges of globalisation - and urged the UK to play a full part in that process. But he also called for greater transparency in EU decision-making.

Mr Stoiber said that Britain would be "unable to avoid" the introduction of the euro as its currency.

"A country that wishes to play, and should play, an important role in Europe must be a fully-fledged player in the European internal market in all its features," he said.

He said that the greatest danger facing Europe today was insecurity, and the EU could only tackle it together.

While he recognised and respected the special relationship between the UK and US, he was convinced that "the future of Great Britain is in a strong European integration."

Speaking just after meeting Iain Duncan Smith, the UK Conservative leader, he said: "I hope that all responsible British people engage themselves strongly in European development."

In particular that meant playing a full part in the European convention, seeking to draft a new constitution for the union.

London Edition 1.

Copyright Financial Times Limited 2002. All Rights Reserved.

Source: *FINANCIAL TIMES*FULL TEXT *FINANCIAL TIMES* 17/05/2002 P7

Presseauschnitt 2: Die zentrale Europa-Erklärung von Premierminister Bulent Ecevit

The official recognition of Turkey's candidate status for full-membership to the European Union is a landmark event not only for Europe, but for the world as well. This candidacy, and in due time, full-membership to the European Union is Turkey's birthright by virtue of Turkey's historical development, its geography, and its present day attributes as well as the provisions of the 1963 Association Agreement.

Moreover, for the last four years, Turkey has been the only country to have effected a customs union with the European Union without becoming a full member.

The declaration of Turkey as a candidate country on an equal-footing with other candidate countries in an unequivocal manner and with clarity is a positive development.

Thereby, the road to full-membership for Turkey is opened.

Turkey, through NATO has contributed to the security of Europe and the West as a whole throughout the decades of Cold War. It carried the heavy economic burden of this responsible role with a great sense of duty. Following the end of the Cold War and the demise of the bi-polar world, the geo-strategic importance of Turkey has further expanded and grown. And, Turkey became a pivotal country in the Eurasian process.

The Bosphorus bridges do not only straddle the two sides of Ystanbul but they also unite the continents of Europe and Asia. And this, not only in geographic terms, but in the political and cultural senses of the word as well.

The Turks have been Europeans for 600 years. But the Turks are not only Europeans. They are also Asian, Caucasian and Middle Eastern at once. Turkey is a power in the Eastern Mediterranean and the Black Sea basins and the Balkans. It is becoming the energy terminal where the gas and oil riches of the Caspian Basin and the Caucasus will be transported to world markets.

As such, it is living testimony to the interaction between Europe and Asia and the confluence of Christianity, Islam and Judaism. Turkey, is the leader country in democracy and secularism among the countries having a majority of Muslim population. It epitomizes vividly the fallacy of the thoughts that underline the thesis of Rudyard Kipling, who said that the East and the West would never meet; and those who think like Mr. Samuel Huntington that the clash of civilizations is inevitable.

These are precisely why, Turkey's membership to the European Union is not just to the benefit of Turkey, but to the Union as well.

I am well aware that we have some ground to cover in further raising the standards in the fields of human rights and democracy, as well as remedying a number of shortcomings in our economy. Separatist terrorism which has continued for a long time bears the prime responsibility in this regard. The high and heavy cost we incurred during the long decades of the Cold War in ensuring the security and prosperity of the West, the Balkans, and the Caucasus also played a part.

Yet, whatever the negative effects of such external factors may be, surmounting our deficiencies is primarily our own task and responsibility.

Some members of the European Union may think that it will take many years for Turkey to become a full-member. But, I am convinced that given the dynamism of the Turkish people and their attachment to democracy, we will achieve this objective in a far shorter period.

This will of course require the bona fide and sustained efforts of the part of both Turkey and the EU regarding the responsibilities and obligations they have thus assumed.

I hope that the decision of the EU Council may serve the high interests of Turkey, the European Union, and indeed, humanity

itself. (<http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/adc/candidacy.htm>)

Statistischer Vergleich Portugal – Türkei nach UNDP (Sommer 2002)

	Portugal	Turkey	Portugal = 100
1. Internet hosts (per 1,000 people), 1990	1,2	0,1	8,3
2. Net foreign direct investment inflows (as % of GDP), 2000	5,9	0,5	8,5
3. Net foreign direct investment inflows (as % of GDP), 1990	3,7	0,5	13,5
4. Internet hosts (per 1,000 people), 2000	6,2	1,1	17,7
5. Health expenditure per capita (PPP US\$), 1998	859	153	17,8
6. Scientist & engineers in R&D (per million people), 1990-2000	1583	303	19,1
7. Seats in lower house or single house held by women (as % of total)	18,7	4,2	22,5
8. Seats in parliament held by women (as % of total)	18,7	4,2	22,5
9. High technology exports (as % of manufactured exports), 1990	4	1	25
10. Female employment in services (% of female labour force), 1995-2001	62	18	29
11. Electricity consumption per capita (kilowatt-hours), 1980	1469	439	29,9
12. Female tertiary net enrolment ratio (%), 1998	51	18	35,3
13. Cellular mobile subscribers (per 1,000 people), 2000	665	246	37
14. Population under age 65 (as % of total), 2000	15,6	5,8	37,2
15. Male long-term unemployment (as % of total unemployment), 2000	46,7	17,5	37,5
16. Electricity consumption per capita (kilowatt-hours), 1999	3,616	1,396	38,6
17. Physicians (per 100,000 people), 1990-99	312	121	38,8
18. Exports of goods and services (as % of GDP), 1990	33	13	39,4
19. Population under age 65 (as % of total), 2015	18	7,2	40
20. Female employment in industry (% of female labour force), 1995-2001	24	10	41,7
21. Imports of goods and services (as % of GDP), 1990	40	18	45
22. Female youth unemployment female (as % of male rate), 2000	187	90	48,1
23. Gender empowerment measure (GEM) value, 2000	0,638	0,312	48,9
24. Telephone mainlines (per 1,000 people), 1990	243	121	49,8
25. Public expenditure on health (as % of GDP), 1990	4,1	2,2	53,7
26. Male combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio (%), 2000	99	55	55,6
27. Health expenditure, private (as % of GDP), 1998	2,5	1,4	56
28. Male employment in industry (% of male labour force), 1995-2001	44	25	56,8

29. Carbon dioxide emissions per capita (metric tons), 1998	5,5	3,2	58,2
30. Carbon dioxide emissions per capita (metric tons), 1980	2,8	1,7	60,7
31. Female unemployment rate (as % of male rate), 2000	159	99	62,3
32. GDP per unit of energy use (PPP US\$ per kg of oil equivalent), 1980	5,6	3,6	64,3
33. Combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio (%), 1999	96	62	64,6
34. Telephone mainlines (per 1,000 people), 2000	430	280	65,1
35. Tertiary students in science, math and engineering (as % of all tertiary students), 1994-97	31	22	71
36. Female long-term unemployment (as % of total unemployment), 2000	40	28,5	71,3
37. Imports of goods and services (as % of GDP), 2000	43	31	72,1
38. Female combined primary, secondary and tertiary gross enrolment ratio (%), 2000	94	68	72,3
39. Tuberculosis cases (per 100,000 people), 1999	47	34	72,3
40. GDP per capita annual growth rate (%), 1975-2000	2,9	2,1	72,4
41. Secondary public education expenditure (as % of all levels), 1985-86	30,6	22,4	73,2
42. Exports of goods and services (as % of GDP), 2000	31	24	77,4
43. Imports of conventional arms (US\$ million), 1991	995	777	78,1
44. Human development index (HDI) value, 1975	0,737	0,593	80,5
45. Births attended by skilled health staff (%), 1995-2000	100	81	81
46. Human development index (HDI) value, 1980	0,76	0,617	81,2
47. Human development index (HDI) value, 1985	0,787	0,654	83,1
48. One-year-olds fully immunized against measles (%), 1999	96	80	83,3
49. Research and development (R&D) expenditures (as % of GNP), 1990-2000	0,6	0,5	83,3
50. Gender-related development index (GDI) value, 2000	0,876	0,734	83,8
51. Human development index (HDI) value, 1990	0,819	0,686	83,8
52. Human development index (HDI) value, 1995	0,855	0,717	83,9
53. GDP per capita annual growth rate (%), 1990-2000	2,5	2,1	84
54. Human development index (HDI) value, 2000	0,88	0,742	84,3
55. Human development index (HDI) value, 2000	0,88	0,742	84,3
56. Manufacturing exports (as % of merchandise exports), 1990	80	68	85
57. Female adult literacy rate (% age 15 and above), 2000	89,9	76,5	85,1

58. Life expectancy at birth (years), 1970-75	68	57,9	85,1
59. GDP per unit of energy use (PPP US\$ per kg of oil equivalent), 1999	6,9	5,9	85,5
60. Female economic activity rate (as % of male rate), 2000	71	61	85,9
61. Adult literacy rate (female as % of male), 2000	95	82	86,3
62. Ratio of estimated female to male earned income	0,53	0,46	86,8
63. Adult literacy rate (% age 15 and above), 1985	84,4	73,9	87,6
64. Probability at birth of surviving to age 65, female (% of cohort), 1995-2000	88,4	78,6	88,9
65. Pre-primary and primary public education expenditure (as % of all levels), 1985-86	51	45,9	90
66. Male employment in services (% of male labour force), 1995-2001	45	41	91,1
67. Probability at birth of surviving to age 65, male (% of cohort), 1995-2000	75,3	68,7	91,2
68. Female life expectancy at birth (years), 2000	79,2	72,4	91,4
69. Life expectancy at birth (years), 1995-2000	75,2	69	91,8
70. Youth literacy rate (% age 15 -24), 1985	98,8	90,7	91,8
71. Life expectancy at birth (years), 2000	75,7	69,8	92,2
72. Adult literacy rate (% age 15 and above), 2000	92,2	85,1	92,3
73. Urban population (as % of total), 2015	77,5	71,8	92,6
74. Male life expectancy at birth (years), 2000	72,1	67,3	93,3
75. Female youth literacy rate (%), 2000	99,8	94	94,2
76. Net primary enrolment ratio (%), 1985-87	100	95	95
77. Youth literacy rate (female as % of male), 2000	100	95	95
78. Manufacturing exports (as % of merchandise exports), 2000	85	81	95,3
79. Female primary net enrolment ratio (%), 1998	100	96	96
80. Youth literacy rate (% age 15 -24), 2000	99,8	96,5	96,7
81. Primary net enrolment ratio (female as % of male), 1998	95	92	96,8
82. Female economic activity rate (% age 15 and above), 2000	51,2	49,9	97,5
83. Male adult literacy rate (% age 15 and above), 2000	94,7	93,5	98,7
84. Cigarette consumption per adult (annual average), 1992-2000	2,071	2,068	99,9
85. Cellular mobile subscribers (per 1,000 people), 1990	1	1	100
86. Net primary enrolment ratio (%), 1998	100	100	100
87. One-year-olds fully immunized against tuberculosis (%), 1999	88	89	101,1
88. Urban population (as % of total), 2000	64,4	65,8	102,2
89. Female economic activity rate (index, 1990=100), 2000	104	114	109,6

90. Tertiary net enrolment ratio (female as % of male), 1998	130	165	126,9
91. Primary exports (as % of merchandise exports), 2000	14	18	128,6
92. Military expenditure (as % of GDP), 1990	2,7	3,5	129,6
93. Average annual unemployment rate (% of labour force), 1990-2000	5,5	7,4	134,5
94. Urban population (as % of total), 1975	27,7	41,6	150,2
95. Probability at birth of not surviving to age 60 (% of cohort), 1995-2000	13,1	20,1	153,4
96. Youth unemployment rate (as % of labour force aged 15-24), 2000	8,6	13,2	153,5
97. Population under age 15 (as % of total), 2015	15,3	24,1	157,5
98. Total armed forces (index, 1985=100), 2000	61	97	159
99. Unemployment rate (% of labour force), 2000	4	6,4	160
100. Primary exports (as % of merchandise exports), 1990	19	32	168,4
101. Population under age 15 (as % of total), 2000	16,7	30	179,6
102. Total fertility rate (per woman), 1995-2000	1,5	2,7	180
103. Tertiary public education expenditure (as % of all levels), 1985-86	12,7	23,9	188,2
104. GDP (US\$ billions,) 2000	105,1	199,9	190,2
105. Adult illiteracy rate (% age 15 and above), 2000	7,8	14,9	191
106. Total fertility rate (per woman), 1970-75	2,7	5,2	192,6
107. Probability at birth of not surviving to age 40 (% of cohort), 1995-2000	4,5	9,6	213,3
108. Infants with low birth-weight (%), 1995-2000	7	15	214,3
109. Military expenditure (as % of GDP), 2000	2,1	4,9	233,3
110. Gender-related development index (GDI) rank, 2000	28	71	253,6
111. GDP (PPP US\$ billions), 2000	173	455,3	263,2
112. Infant mortality rate (per 1,000 live births), 1970	53	150	283
113. Male employment in agriculture (% of male labour force), 1995-2001	11	34	309,1
114. Gender empowerment measure (GEM) rank, 2000	20	63	315
115. Under-five mortality rate (per 1,000 live births), 1970	62	201	324,2
116. Traditional fuel consumption (as % of total energy use), 1997	0,9	3,1	344,4
117. Share of world total carbon dioxide emissions (%), 1998	0,2	0,8	400
118. GDP per capita (PPP\$), 2000	1729	6974	403,4
119. Total population (millions), 1975	9,1	40	439,6
120. Annual population growth rate (%), 1975-2000	0,4	2	500
121. Female employment in agriculture (% of female labour force), 1995-2001	14	72	514,3

122. Infant mortality rate (per 1,000 live births), 2000	6	38	633,3
123. Total population (millions), 2000	10	66,7	667
124. Under-five mortality rate (per 1,000 live births), 2000	6	45	750
125. Total population (millions), 2015	10	79	790
126. Imports of conventional arms (US\$ million), 2000	38	442	1163,2
127. Total armed forces (thousands), 2000	45	610	1355,6
128. Average annual change in consumer price index (%), 1990-2000	4,5	79,9	1775,6

Landkarte: Wohlfahrtsunterschiede im Mittelmeerraum (GDP pro Kopf in Kaufkraft in % des Wertes von Portugal)

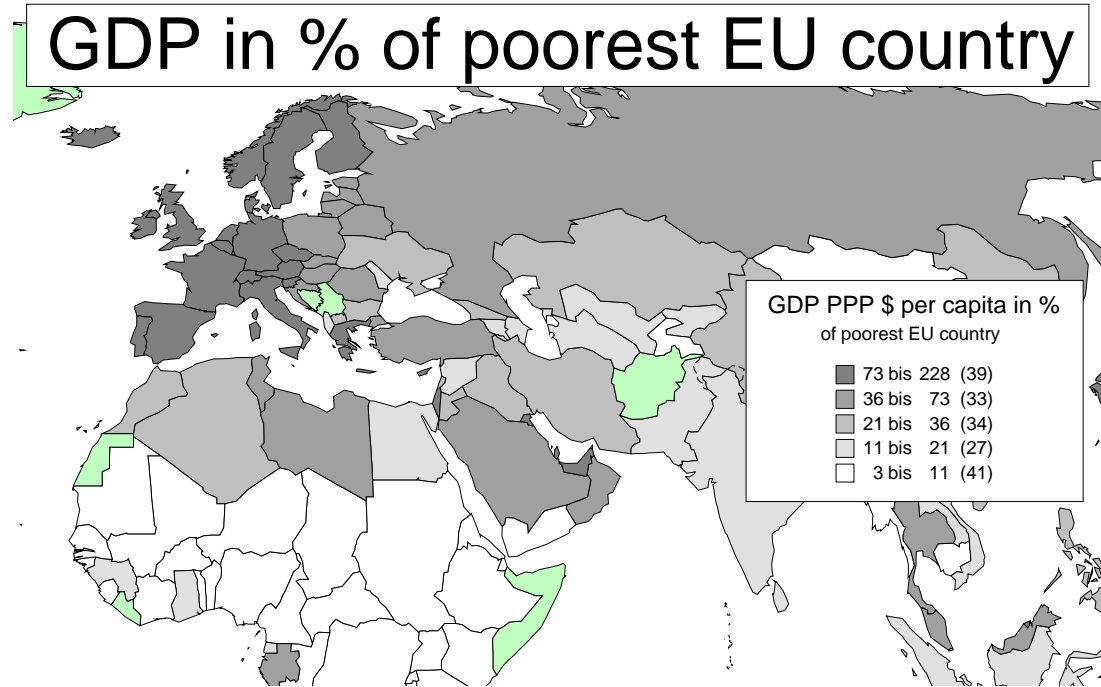
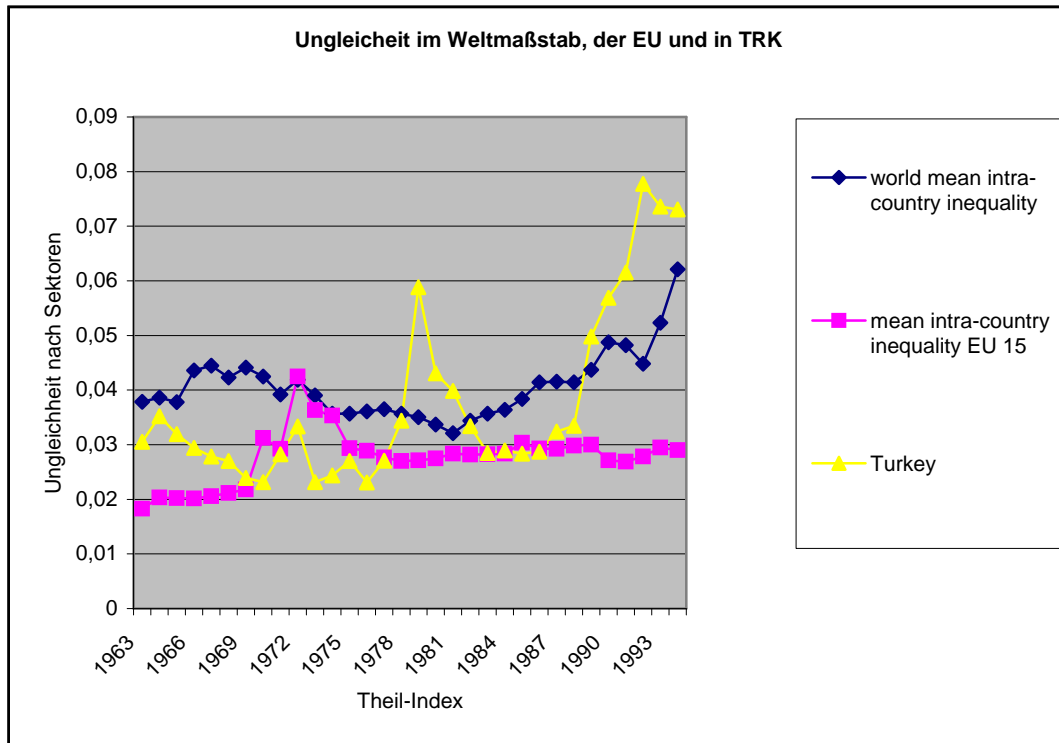
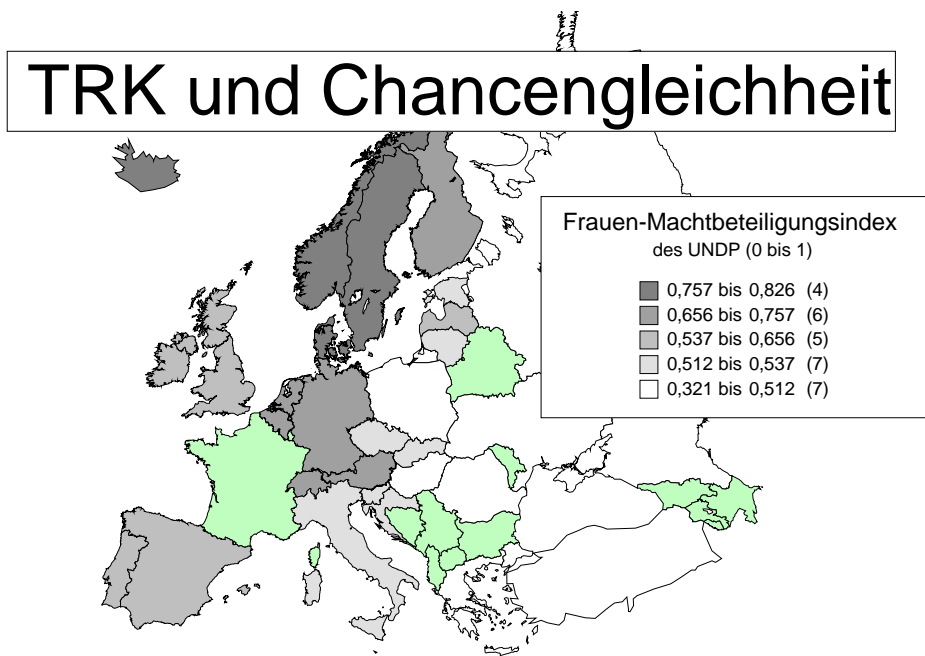


Schaubild Ungleichheit zwischen den Wirtschaftssektoren in der Türkei

nach Datenbank UTIP (Universität Texas, Theil-Index der Ungleichheit zwischen den Sektoren)

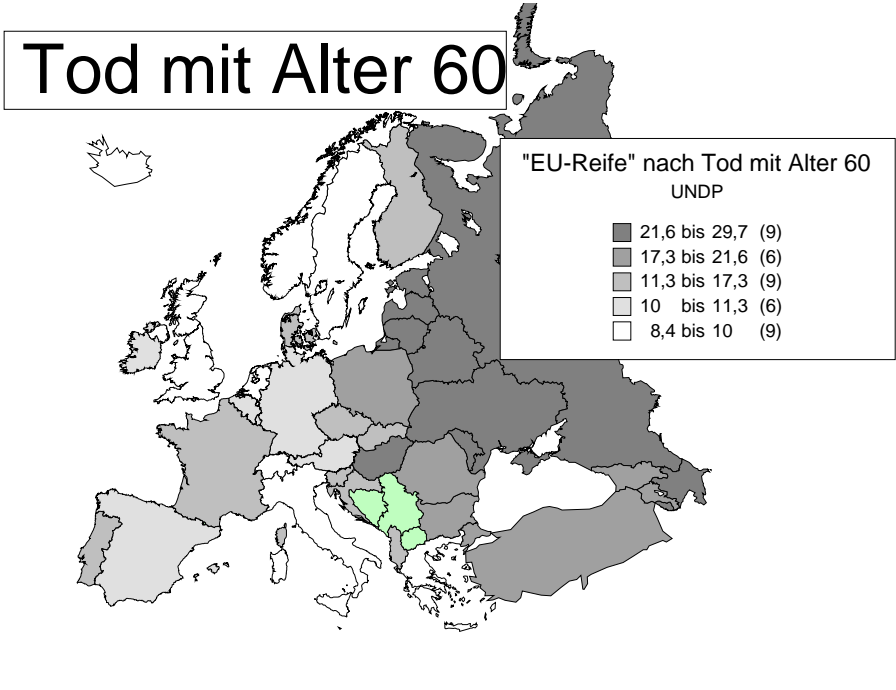


Chancengleichheit in Europa und die Türkei



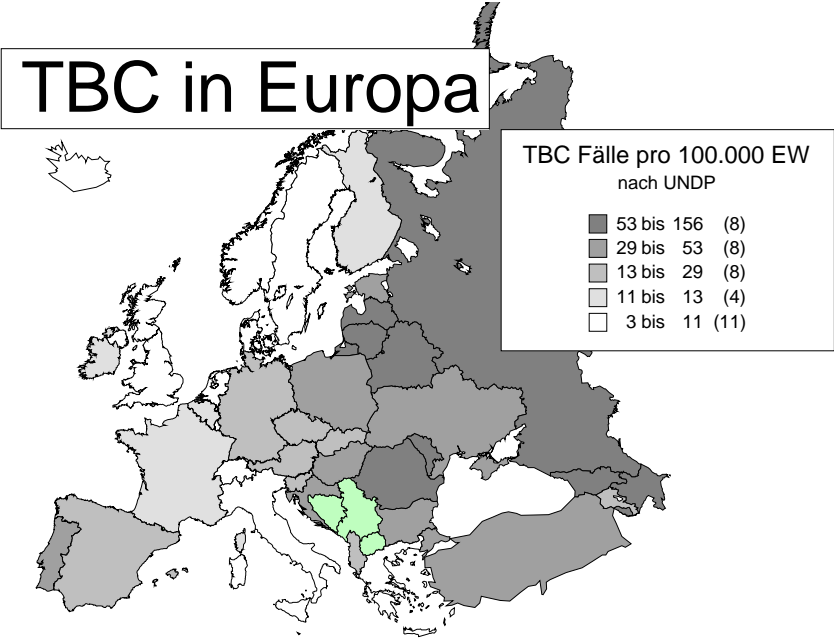
Keine Daten für Frankreich, Weißrußland, Kroatien, Bosnien, Albanien, Jugoslawien, Makedonien, Bulgarien, Moldawien und die transkaukasischen Republiken

Reale Armut in der Türkei



% der Bevölkerung stirbt vor dem 60. Geburtstag. Diese Kennziffer gilt nach UNDP heute als der verlässlichste Indikator von Armut. Keine Daten für Bosnien, Jugoslawien, Makedonien

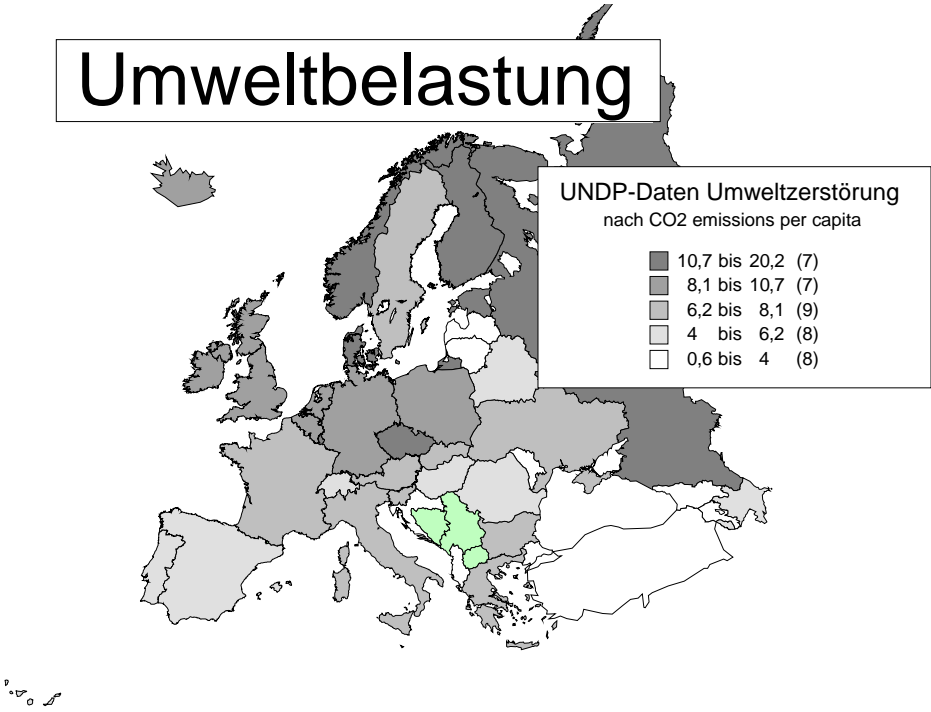
TBC in Europa



o o o

Keine Daten für Bosnien, Jugoslawien, Makedonien

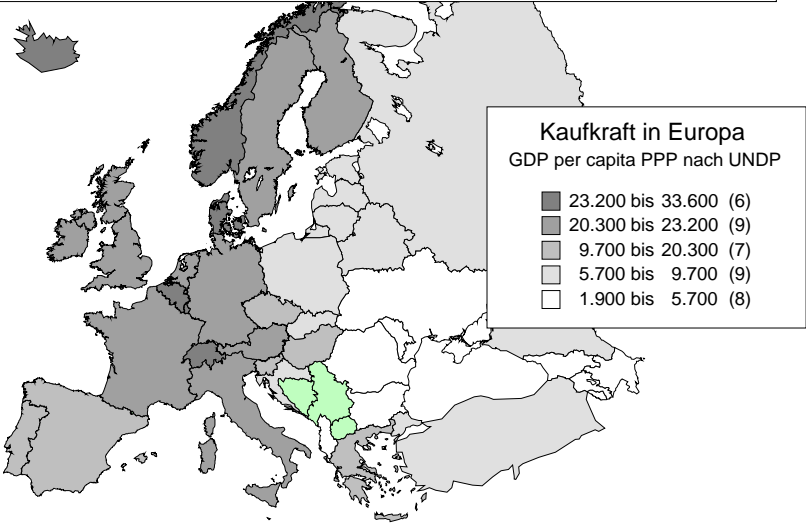
Umweltbelastung



Tonnen pro Kopf und Jahr. Keine Daten für Bosnien, Jugoslawien, Makedonien

Kranker Mann am Bosphorus? Kaufkraft in Europa

Kranker Mann am Bosphorus?



Türkei-Ressourcen im Internet

Hier können nur einige wenige Hinweise gegeben werden:

Die Internet-Tageszeitung **Turkish Daily News**

<http://www.turkishdailynews.com/>

Die Internet-Zeitung **Turkish Times**

<http://www.theturkishtimes.com/>

Englisch-sprachige griechische Presseschau zur Türkei (tägliches updating):

<http://www.hri.org/news/latest/turkish.latest.html>

Internet-Portal zu den meisten Institutionen der türkischen Republik

<http://www.gksoft.com/govt/en/tr.html>

Türkisches Außenamt

Dieses Internet-Portal gewährt auch Zugang zu täglichen Nachrichten in Englisch über die Türkei, sowie prägnante Positionen zur türkischen Außenpolitik

<http://www.mfa.gov.tr/>

Fortschrittsbericht der EU-Kommission

<http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/#report2002>

Jährlich aktualisierte außenpolitische Berichte der US-Regierung zur Türkei

Background Notes

<http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/>

Country Reports on Human Rights Practices

<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/>

Narcotics Control Reports

<http://www.state.gov/g/inl/rls/nrcrpt/>

Religious Freedom Reports

<http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2002/>

UNDP Human Development report Turkey

http://www.un.org.tr/undp/Human_report_eng.htm

Pressestimmen zur Wahl in der Türkei

nach *Financial Times*, Deutschland

<http://www.ftd.de/>

de Volkskrant" (Den Haag): Verlierer sind die Nationalisten

"Der überragende Wahlerfolg der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP bedeutet den endgültigen Bankrott der alten nationalistischen Parteien in der Türkei. (...) Der türkische Wähler hat deutlich gemacht, dass die überall herrschende Korruption, die Gleichgültigkeit und die Inkompetenz bis in höchste Regionen der Bürokratie zu einem Ende kommen müssen."

"Libération" (Paris): Wahlsieger nicht verteufeln

"Der Triumph der Islamisten bei den Wahlen wird die Entscheidung ob die Türkei in die EU aufgenommen werden kann nicht leichter machen. Man kann berechtigterweise einige Zweifel an den liberalen, demokratischen und pro-europäischen Überzeugungen der "gemäßigten" Islamisten haben, die die Mehrheit holten. Angesichts der Wirtschaftskrise und der wachsenden Armut haben die Wähler den etablierten Parteien einen Denkwort verpasst. Die Popularität von Recep Tayyip Erdogan, der die AKP zum Sieg führte, beruht darauf, dass er sich als Istanbuler Bürgermeister sozial und weniger korrumpierbar gezeigt hat. Man sollte sich davor hüten, diese Islamisten in den Himmel zu heben, man sollte sie aber auch nicht von vornherein verteufeln und das Land mit ihnen."

"ABC" (Madrid): Bedrohendes Szenario

"Die Türkei ist das Opfer einer Identitätskrise. Sie weiß nicht, ob sie politisch und kulturell zum Westen oder zum Orient gehört. (...) Die Türkei steht vor einer Phase tief greifender Ungewissheit. Wie wird die Armee reagieren? Passt ein von Islamisten regiertes Land zur neuen Nato? Der Schock für die mächtigen Militärs und Politiker war brutal, vielleicht sogar nicht hinnehmbar. Ganze Parteien wurden aus dem Parlament hinausgefegt. Die Islamisten können erstmals allein regieren. Ein klares und zugleich beunruhigendes Szenario."

"Corriere della Sera" (Mailand) : Wille zum Wechsel entscheidend

(...) Die Erfahrung ist die, dass in der Siegerpartei ganz verschiedene Persönlichkeiten vereint sind, die aus ganz verschiedenen politischen Milieus kommen und die dabei zugleich jene Verflechtung zwischen traditioneller und säkularisierter Gesellschaft repräsentieren, die schon immer charakteristisch für die Türkei war."

"La Repubblica" (Rom): Zweifel an der Zuverlässigkeit

Das politische Erdbeben, das die vorgezogene Wahl für die südöstliche Bastion der Nato bedeutet, lässt schwere Zweifel an der künftigen Zuverlässigkeit Ankaras nicht nur in der Atlantischen Allianz aufkommen, sondern auch in den USA, in Europa und im Währungsfonds, der das Land vor dem finanziellen Verfall bewahren soll."

"Die Presse" (Wien): "Der islamische Hammer"

"Deutlicher kann eine Protestwahl nicht ausfallen. Die Türken haben am Sonntag nichts weniger getan, als das alte politische System ihres Landes völlig zu zertrümmern. Kein Stein ist auf dem anderen geblieben. Alle drei Regierungsparteien wurden aus dem Parlament gewählt. Einen derartigen Erdrutsch hat wohl kaum noch eine Demokratie erlebt. Ausgelöst wurde diese Umwälzung durch die Wirtschaftskrise. Morsch aber war das politische Establishment schon lange vorher, tödlich angefault von Ineffizienz und Korruption. Ein Befreiungsschlag war überfällig."

"General-Anzeiger" (Bonn): Chance mit geringem Risiko

"Der Sieg der religiös-konservativen AKP bietet eine Chance für das Land und birgt nur ein geringes Risiko: Für ihre Wähler verkörpert die künftige Regierung die Hoffnung, dass der Staat endlich einmal so effizient und korruptionsarm regiert werden könnte wie die Metropolen und Kommunen, in denen die AKP schon länger am Ruder ist - was die nun abgewählten Parteien nie geschafft haben."

"Badische Zeitung" (Freiburg): Hoffen auf Gerechtigkeit

"Haben damit nun die Islamisten die Macht übernommen? Vor vorschnellen Etikettierungen sei gewarnt. Die AK-Partei und ihr Chef Tayyip Erdogan kommen zwar aus der Tradition des politischen Islam der Türkei, doch haben sie sich nach eigenem Bekunden mit den herrschenden Verhältnissen arrangiert. (...) Viele Türken erhoffen sich von Erdogan ein Ende der Korruption und mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit. Mit diesen Parolen hat die AK-Partei Wahlkampf gemacht, und daran werden ihre Wähler sie messen."

"Bremer Nachrichten": Faire Chance geben

Zu verlieren gibt es für die Türken... nichts, zu gewinnen dagegen viel - und das gilt auch für Europa: Sollte es der AKP gelingen, das Verhältnis des türkischen Staates zur Religion seiner Bürger zu entkrampfen und eine neue islamisch- demokratische Synthese zu entwickeln, dann wäre das auch für ihre Verbündeten in der EU wie auch in den USA eine große Chance, den mit dem 11. September entstandenen Herausforderungen besser begegnen zu können. Die Europäer sollten es daher wie die türkischen Wähler halten und der AKP-Regierung eine faire Chance geben.

Das Programm der 58. Regierung der türkischen Republik

THE PROGRAM OF THE 58TH GOVERNMENT

PRESENTED TO THE GRAND NATIONAL ASSEMBLY OF TURKEY

BY H.E. PRIME MINISTER ABDULLAH GÜL

23 November 2002
(Unofficial Translation)

Distinguished Speaker,

Distinguished Deputies,

On behalf of the 58th Government of the Republic, I would like to express my respects and greetings to our esteemed nation and its deputies.

Following the general elections held on 3 November 2002, our country has achieved stability thanks to a parliament, which is composed of two parties and a government consisting of a single party. As the members of the Assembly and the Government, we are aware of our responsibility to fully benefit from the opportunity, given to us by our nation, to deliver correct and speedy solutions to problems that we face.

Distinguished Deputies,

We are committed to the realization of necessary structural changes and reforms, on the one hand, to find rapid solutions to the accumulated problems of our people and on the other, to avoid such problems again in the future. We know that the present conditions, which we live in, cannot be overcome through ostensible measures. Our Election Manifesto, which was prepared in a responsible and consistent manner with the conviction that we would come to power and taking into consideration the conditions in which the country has been, has gained the confidence of our people in the elections of 3 November. Our Urgent Action Plan, as a product of a responsible, consistent and reformist understanding, which was announced by Mr. Recep Tayyip Erdoğan has also gained an overwhelming appreciation and confidence in our public opinion. In other words, our Government program has been prepared with a view to keeping our promises given to our people prior to the elections in line with our political ethic and democratic consistency.

Our Government which will conduct its work in accordance with the pledges made to our people prior to the elections and in a manner refraining from unnecessary disputes and polemics, loyal the genuine agenda of the people and embracing all segments of society, expects from the Grand National Assembly and our esteemed nation confidence and support.

We will carry out our work in a democratic and transparent way through dialogue and cooperation with all segments of society and particularly with the opposition party. With an understanding of pluralistic democracy and on the basis of respect for law and human rights

and cognizant of the fact that numerical supremacy does not mean everything, we will do our utmost to build a social consensus for important steps to be taken.

By the action of our Government, we believe that we will further strengthen the ties between state and society, expand the scope of politics, restore the confidence between the political institutions and society as well as respond to the maximum extent possible, to the demands and expectations of the people.

The positive expectations arising in the internal and external markets and the atmosphere of confidence, which emanated from the announcement of the results of 3 November 2002 elections, have brought about a fall in the interest rates, a rise in the capital market and decrease in the exchange rates. The predictability resulting from one single party government, has laid the foundations for a suitable atmosphere of confidence to attract domestic and foreign investors. It is vitally important to sustain this atmosphere of confidence in order to solve our priority social and economic problems.

Never forgetting the demands and expectations of our people and using our means in an optimum way, we will endeavor to merit the confidence of our nation. Our success will not only belong to us but it will also belong to our political and state institutions and particularly and most importantly to our people.

Distinguished Speaker and Distinguished Deputies,

As radical changes were taking place in the world, Turkey regrettably wasted her time and energy to deal with her internal problems. Despite her multi-party political experience of over 50 years, unfortunately our country is ranked among those which are not truly democratized and where fundamental rights and freedoms are not enjoyed fully. In spite of her young and dynamic population and rich natural resources, the welfare level of our society could not be sufficiently increased, a production infrastructure capable of competing in the international arena could not be developed and the desired level of progress in the field of individual rights and freedoms could not be achieved in our country.

Due to the implementation of wrong policies, the role of the state in the economy could not be adjusted to the changing conditions, justice in the distribution of welfare among different segments of society and regions could not be achieved and a healthy privatization could not be realized. Our country could not get rid of the cumbersome and over-centralized structure, corruption and political erosion in our public administration.

The economic policies implemented by the coalition governments in recent years have failed, resulting in the most severe economic crisis in the history of the Republic and unprecedented impoverishment of our people. The economic and social cost of the crisis has been very high; internal and external debt burden have increased unbelievably, ten-thousands of enterprises have closed down, hundred-thousands of people have lost their jobs. More importantly, our people's trust in the state and politics have been shaken, and hopes for the future shattered.

Our Government thinks that our country did not deserve any of those and firmly believes that she, with her young and dynamic population, unique geographical position, rich natural resources and rich cultural background, has the potential to become an influential member of the new world.

Our Government has set on the road under the leadership of honest, brave, knowledgeable and qualified cadres with a comprehensive program, to reunite the state and politics with the people and to reestablish a future of hope and trust.

This program we are submitting to our esteemed Parliament includes our policies on major issues that have been developed as a product of a long preparation, shaped on the realities of our country and the world, treated with a wholistic understanding and that we believe will carry our country to the place it deserves in the future.

Actually most of the issues we will bring to the forefront consists of those that have been discussed for a long time and on which a consensus has already been reached, but that could not be realized up to this day due to a lack of necessary political will and determination. With a reformist and dynamic understanding, taking advantage of forming the government alone and in a constructive government / opposition relationship and an atmosphere of social dialogue, we are determined to seriously deal with these issues that have been due for so long. In all our efforts, the basis for our steps will be the objective of reaching the level of contemporary civilization as indicated by the founder of our Republic, distinguished leader Mustafa Kemal Atatürk.

Our Government will realize a vision of Turkey ;

*** That has attained economic stability,

*** That has established a competitive market structure,

*** That has attained a sustainable development environment and where there is a just distribution of the benefits of economic prosperity,

*** Where poverty and corruption are eliminated,

*** Where our people live freely in peace and prosperity,

*** That has united with the civilized world; where differences are regarded not as an element of conflict but a source of enrichment,

*** That is respectable, democratic and dynamic.

The mission of our Government in the attainment of this vision is; to use the political authority in accordance with the demands and expectations of the people, to realize the reflection of the will of the people on the government with an understanding of the supremacy of law and to mobilize all the dynamics, potential and opportunities of our country in accordance with the demand of the society for development.

Distinguished Speaker,

Distinguished Deputies,

Human beings have inalienable basic rights and freedoms from birth. Those rights and freedoms, that are the common value of humankind, are sine qua non for a dignified life under the administration of the state.

Our government, moving from the motto of “Let the individual live so that the state lives”, will place the individual at the center of all its policies.

The objective of our democratic government approach is to secure all civil and political freedoms, primarily that of thought, belief, education, association and entrepreneurship and to make available an environment where people can continue with their individual development free from any fear or worry.

In this framework, the international democratic standards in basic rights and freedoms, that we regard as the accumulation of humankind, will be taken as the basis of all our policies.

Our country, that has ratified Universal Declaration of Human Rights and European Convention on Human Rights and made them part of its domestic law, under the leadership of our Government, is determined to reach international standards in fundamental rights and freedoms through realization of these values.

In this framework, our Government;

***Will make all the necessary changes in the Constitution and legislation to make basic rights and freedoms reach the levels as set out by the international conventions that we are party to and specifically as laid out in the Copenhagen criteria.

***Will not be content with merely bringing the basic rights and freedoms under constitutional and legal protection but will work for their actual implementation and promotion as an established dimension of our political culture.

***Will be responsive to the problems and demands of different segments of the population in relation to basic rights and freedoms and will not allow for double standards, unfruitful contentions and political abuse.

***Will move against all violations of human rights, particularly torture, that are irreconcilable with the principles of a democratic legal state.

***Will bring under consideration and readjust the provisions limiting the right to property, thought, belief, entrepreneurship and association with an eye to universal law and freedoms.

Distinguished Deputies,

Civil society is becoming stronger in congruence with the establishment of democracy and market economy in Turkey . Society, in many areas, is moving ahead of the state, and can produce goods and services that are of higher quality than those produced by the public sector.

Our Government, for the realization and flawless functioning of a democratic government based on human rights, regards the strengthening of the civil society and the effective public control with an understanding of “governance” as unavoidable.

Our Government will contribute to the advancement from representative democracy towards participatory democracy by providing the active participation of non-governmental organizations to governance. Thus, the citizen would gain the opportunity to reflect its will to

the governance process not only from one election to another, but also in the course of daily developments.

Our Government will remain at equal distance to all of the non-governmental organizations and support dialogue and cooperation among them.

Our Government will eliminate legal and administrative impediments in order to enable civil society's more active participation in public administration. It will develop mechanisms that would facilitate resolution of the problems encountered by the business world, trade unions, business chambers, farmer unions and voluntary organizations in cooperation with public officials that are responsible in respective areas of service.

As required by pluralist democracy and the competitive market, our Government advocates the advancement of the media, which function as the sources of correct information and audit in modern societies, within a pluralist and competitive framework. The relationship between the media and politics that form different sides of public service will be based on a dialogue in line with democratic values and the rule of law.

Distinguished Deputies,

Sustainable development comprises elements such as environmental sensitivity and democratic rule. Increasing the per capita income or improving the physical conditions is not sufficient for a high quality of life. People require freedom as much as the fulfillment of their vital needs.

Our Government considers development not as social engineering reflecting the unilateral willpower of the government but as a democratic search respectful of the pluralist frame of the society. Rather than being alternatives to one another, democracy and development are two processes that need to progress in tandem and mutually support each other.

Distinguished Deputies,

One-sided and imposing mentalities will be abandoned in public administration. In this context, models will be developed that will operate on the basis of a dialogue between the society and the state, forging cooperation in fields with a social aspect such as education, health and environment. The state, the market and the society are not alternatives but are mutually complementary. A sustainable and rapid development can only be ensured through a synergy of these elements.

Distinguished Deputies,

Respect to universal principles of law, equality before law, the exercise of individual or collective rights and freedoms and the loyalty of the administration to law are the principal values in democratic countries. Through the realization of these values, social peace and unity will be achieved and the lasting confidence of the society to public administration will be established.

In accordance with our understanding of law and justice, under the principle of the rule of law, the state will make no discrimination among the society based on linguistic, racial, sexual, political, philosophical, religious or sectarian grounds.

Our country gives the impression of a state of laws rather than a state of the rule of law due to various prohibitive provisions in our legislation. During our tenure, all our activities will aim to bring our national laws in conformity with the universal principles of law, upgrading our regime of rights and freedoms to universal standards, transforming our country to a state of the rule of law in the genuine sense, making the rule of law dominant, thus earning our country a more respectable status in the international community.

Following are some of the basic arrangements that we shall implement during our tenure of government in order to form a system of law where human rights will be raised to and implemented at universal level, the rule of law will be established and democracy will function with all its institutions and rules:

***We shall prepare a participatory constitution favoring freedoms to replace the current one which has now proved to be too tight for our country. Our new constitution will bear the mentality of a democratic state of the rule of law, based on a pluralist and participatory democracy which gives priority to individual rights and freedoms, conforms with the international and specifically EU norms in the forefront and enjoys strong social legitimacy. The new constitution will be short, precise and clean in form.

***Judiciary stages which are contrary to the principle of fair trial will be eliminated, as emphasized in the decisions of the European Court of Human Rights.

***The laws on Political Parties and Elections will be amended, by seeking the consensus of all the sectors of the society, in order to open the political parties to masses, to increase the supervision and influence of the public on the political parties, to establish internal democracy and transparency within the parties, to achieve transparency and attain justice in representation without harming stability.

***Our aim is to become a society of peace free from fear, violence, oppression and crimes and benefiting from the blessings of freedoms. “Protective Law” will be initiated in order to prevent conflicts before they emerge; furthermore, a mentality of friendly settlement of conflicts will be established.

***The Penal Code is unable to meet the requirements of our age and causes grave injustices regarding the values to be conserved. For this reason a new Penal Code will be prepared.